Die
Symbadische Stimme
„Wo Politik auf Realität trifft"

3. Ausgabe zur aktuellen politischen Lage in Deutschland — Sommer 2018

Ignoranz in der Landesregierung?

Eiertanz im Gymnasium

Mit der Begründung: „Unsere Studienabsolventen sind zu alt“ wurde vor 14 Jahren das 8-jährige Gymnasium eingeführt. Wohlgemerkt, damals hatten wir noch die Wehrpflichtzeit zu berücksichtigen. Zugesagt wurde auch eine so genannte Entrümpelung der Lehrpläne. Dieses Ausräumen im Bildungsgut ist schließlich auch erfolgt. Allerdings aus eher grün-roter Ideologie mit negativer Auswirkung in vielen Fächern, wie Geschichte und Mathematik. Auch in der Rechtschreibung und in Geographie ist der Wissensstand der heutigen Abiturienten leider niedrig. Zu niedrig für anspruchsvolle Studienfächer an den Universitäten und zu niedrig im internationalen Vergleich. Die Anzahl der erforderlichen „Vorkurse“ für ein Universitätsstudium steigt von Jahr zu Jahr.

Die sonstigen Vorteile die sich Politik und Wirtschaft von der G8-Reform erhofft hatten, blieben aus. Im Gegenteil, die Orientierungslosigkeit der heutigen Abiturienten ist größer denn je. Steigt deshalb die Anzahl der Fernreisen nach dem Abitur stark an?

Der Großteil der Bundesländer kehrte aufgrund dessen flächendeckend zum neunjährigen Gymnasium zurück.

Nicht so Baden-Württemberg. Die Landesregierung behauptet unbeirrt, dass “die Mehrheit der Eltern G8 als etablierten Weg zum Abitur akzeptiert”. Die von zwei Müttern in BW initiierte Petition “G9 jetzt! BW” ergab mit 25 000 Unterschriften ein anderes Bild. Doch die Landesregierung befand, dass “25 000 Stimmen kein Stimmungsbarometer seien”

(Quelle: Pressemitteilung Nr. 38/2018 des KM vom 21.06.2018 zur Petition “G9 jetzt”).

Bevorzugung der Gemeinschaftsschule – Benachteiligung der Gymnasien

Die Argumentation der Landesregierung ist mehr als befremdlich.

Wenn G8- und G9-Züge von allgemeinbildenden Gymnasien alternativ angeboten werden, entscheiden sich 80%-90% der Schüler für das G9. Die Wahlfreiheit existiert natürlich auch nur dort, wo tatsächlich zwei Gymnasien oder ein Gymnasium beide Züge in räumlicher Nähe zum Schülerort anbieten. Wie sieht es im ländlichen Raum aus?

An den beruflichen Schulen wird das Abitur nach insgesamt neun Jahren erworben. Dasselbe gilt für die von der Landesregierung bevorzugte Gemeinschaftsschule. Mit der dortigen gymnasialen Oberstufe sind es auch neun Schuljahre. Soll hier das klassische Gymnasium systematisch benachteiligt werden? Es sieht so aus!

Auch das Argument der Landesregierung “das achtjährige Gymnasium ist internationaler Standard“ ist nicht haltbar. Hier werden Bildungssysteme miteinander verglichen, die nicht vergleichbar sind! Man fragt sich, warum die Landesregierung BW eine derartige Augenwischerei betreibt.

Die Alternative: Schulpolitik mit Augenmaß

Generell befürworten wir die zusätzliche Möglichkeit, für sehr begabte Kinder in kürzerer Zeit die Hochschulreife erreichen zu können.

Die AfD setzt sich für die Interessen von Kindern und Eltern ein und fordert zügig die flächendeckende Wiedereinführung des Gymnasiums mit neun Jahren !

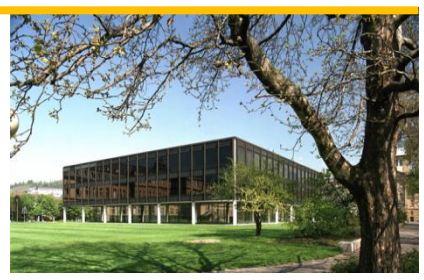
Dr. Rainer Balzer

2 Die Rente ist weg!

4 Klima-Hysterie: die Co2-Angst

5 Der Alptraum - Gender

7 Sanierung der Rheinbrücke


10 Finanzhaushalt 2016 – 2019

Interview Dr. Rainer Balzer MdL

GRÜNE Politik: Vertuschung und die Abschaffung des Individualverkehrs

Sehr geehrter Dr. Balzer, sie haben als ehemaliger Student der Universität Karlsruhe das Karlsruher Institut für Technologie besucht, berichten Sie uns von ihren Eindrücken?

RB

Ich habe mich über diese Einladung wirklich sehr gefreut. Die Gespräche waren hoch informativ und es war beeindruckend zu sehen, mit welchem Enthusiasmus junge Menschen und erfahrene Wissenschaftler am Thema Luftreinhaltung und Optimierung der Verbrennungsmotoren arbeiten. Ich bedanke mich ganz ausdrücklich bei der Institutsleitung und bei allen Mitarbeitern, dass dieser sehr informative Besuch so möglich war.

Eva

Wie können sie die Ergebnisse der Gespräche konkret im Parlament, in die Politik einbringen?

RB

Im Parlament, habe ich Herrn Verkehrsminister Hermann zum Gutachten des KIT, zu den Messungen in Stuttgart angesprochen.

Seltsamerweise oder erwartungsgemäß war das Medieninteresse gering, ebenso gering wie das Interesse in seinem Haus. Noch geringer war das Interesse im Umweltministerium. Nachzulesen ist das veröffentlichte Gutachten bei der Landesanstalt für Umwelt LUBW in Karlsruhe.

Eva

Welche Inhalte sollen hier möglicherweise nicht in der Öffentlichkeit bekannt werden?

RB

Die eindeutigen Aussagen der Techniker und der Motorentwickler passen nicht in das gewünschte politische grüne Weltbild! Die Partikelbelastung des Abgases von Dieselfahrzeugen ist geringer als die Partikelbelastung der übrigen Stadtluft, so das Ergebnis der Messungen des KIT Karlsruhe. Dabei sind verkehrsbedingte Immissionsfragen mit EURO6d und Real driving Messung RDE (Messung beim Fahrbetrieb) und dem Einbau des Partikelfilters gelöst.

Eva

Wie reagiert die Landesregierung auf die Messwerte und das Gutachten?

RB

Verkehrsminister Herrmann konzentriert sich auf die 7 % Feinstaub PM10 aus dem Abgas des Straßenverkehrs. Warum er Belastungen aus Heizungsanlagen und dem Bahnverkehrt ignoriert oder sogar negiert kann man fragen.

Wenn man mit Messwerten Stimmung machen möchte, dann platziert man die Messelemente und die Messstellen dort, wo es die Werte gibt, die man sucht. Am besten im Auspuff eines älteren Autos, unmittelbar am Straßenrand. Zwei Meter daneben ist der Wert ja nur noch halb so hoch, also nicht mehr politisch instrumentierbar.

Die Grenzwerte in Stuttgart am Neckartor fallen nach wenigen Metern von rund 70 µg/m3 auf 35 und 40 ist ja bekanntlich der Grenzwert. Im Keller des Gebäudes, übrigens ein Studentenwohnheim vor dem die Messstelle steht, haben wir nur noch 20 µg/m3, auf der Brücke darüber auch nur noch 30 µg/m3!

Eva

Und dieses Gutachten, diese Messwerte liegen im Ministerium schon lange vor?

RB

Ja, seit Herbst 2017 und leider hat die geneigte Öffentlichkeit davon wenig gehört, denn die Medien sind ja entsprechend uninteressiert, beziehungsweise die dort Tätigen haben den richtigen Glauben.

Interessant wäre eine Feinstaubmessung auf der Baustelle Stuttgart 21 im Baustaub oder noch besser an U-Bahn Stationen oder an einer S-Bahn Haltestelle, am besten direkt neben dem Gleis. Dort wo die Bremse wirkt und der Bremsabrieb entsteht!

Aber wie schon gesagt und durch Gerichturteile quasi genehmigt, sind Diesel-Fahrverbote nun möglich. Auch wenn die Landesregierung beteuert, dass Sie keine Fahrverbote will, werden wir welche erhalten.

Mit den Grenzwerten wird von Interessengruppen gezielt so getan, als wenn die Luft immer dreckiger werden würde, dabei ist das Gegenteil der Fall.

Am Stuttgarter Neckartor ist die Zahl der Überschreitungsstunden beim Stickoxid seit 2006 von 853 auf 3 Stunden gesunken, die der Überschreitungstage beim Feinstaub von 175 auf 45 Tage.

Eva

Welche Ziele verfolgt die Landesregierung mit dieser Politik und welche Ziele verfolgen Sie, Herr Dr. Balzer?

RB

Es geht der Landesregierung nicht um saubere Luft, sondern um die Einschränkung des Individualverkehrs. Die Grünen wollen – lesen Sie das Bundestagswahlprogramm - die selbstbestimmte Mobilität abschaffen! Sie wollen uns bevormunden oder noch besser umerziehen.

Herr Katzenstein, der Abgeordnete der Grünem, träumt von der Abschaffung privater Autos durch das Fahrrad. Dabei weiß er selbst ganz genau, dass hier in dieser Hügellandschaft oder auch im Schwarzwald das Fahrrad nur im Freizeitbereich vernünftig genutzt werden kann.

Oder er weiß tatsächlich nicht, dass bei schlechtem Wetter, im Winter und bei Regen das Fahrrad für Menschen, die einen anspruchsvollen Beruf ausüben und dementsprechend gekleidet sind, uninteressant ist.

Die Grünen wollen auch nicht zur Kenntnis nehmen, dass es Industrievertreter, Berufstätige gibt, die im Jahr 50-80.000 km auf der Straße unterwegs sind, um Kunden zu besuchen, auch dies werden sie durch das Fahrrad, durch Elektroautos oder durch die jetzt schon überlastete Bahn nicht ersetzen können.

Ich bin gespannt mit welchen Kniffen GrünSchwarz tatsächlich die Fahrverbote einführen will. Straßenweise sortiert, nach dem Wetter ausgerichtet oder einfach nach Willkür, das ist ja am besten zu machen.

Wir freuen uns auf diese Auseinandersetzung und werden uns für eine vernünftige menschengerechte und wirtschaftsfreundliche Verkehrspolitik einsetzten.

Eva

Danke für dieses Interview

Eva Schneider

+++ +++ Unnötig hohe Steuern wegen „Haushaltsresten“ +++ +++

Ministerien haben die von ihnen beantragten Gelder nicht benötigt und verwendet, was „Haushaltsreste“ genannt wird. 2015 sammelten sich unter grün-rot so 2,67 Milliarden Euro (6% des Staatshaushalts-plans) an. Die folgende grünschwarze Regierung toppte 2016 mit 3,4 Milliarden Euro (7,3%) den Zehn-Jahres-Rekord erneut. Das bedeutet, dass der Bürger unnötig hohe Steuern zahlen musste, die gar nicht benötigt wurden.

Spitzenreiter: 2015 brauchte Wirtschaftsminister Nils Schmidt (SPD) 40,3% seiner Mittel nicht. Auch das Staatsministerium von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) steuerte 20% Abweichung bei.

Wir denken: Die Ressortzuschnitte der Ministerien erfolgen nicht aus sachlichen Gründen, sondern um die Eitelkeiten der Minister zu befriedigen. Wenn z.B. ein Minister für Justiz und Tourismus gleichzeitig zuständig ist, dann darf man sich über vernachlässigte Geschäftsbereiche nicht wundern.

Um den Euro zu retten, enteignet die Europäische Zentralbank seit einem Jahrzehnt die Sparer. Alleine in Deutschland jedes Jahr um einen zweistelligen Milliardenbetrag.

Die durchschnittliche Rendite festverzinslicher, risikoloser Geldanlagen betrug im Jahr 2005 etwa 4,0 Prozent. Im vergangenen Jahr 2017 waren es noch 0,3 Prozent. Die Folge ist, dass die Kalkulation für die private Altersvorsorge einer ganzen Generation in den Papierkorb geworfen werden kann. Es gibt heute keine Lebensversicherung mehr, welche eine Abschlussleistung (Rente) garantiert, die oberhalb der eigenen Einzahlungen liegt.

Die AfD setzt sich für ein Ende dieser EZB-Politik ein!

Ein durchschnittlicher Lebensversicherungs-Sparer, der 30 Jahre lang monatlich 200 Euro einzahlt, **verliert durch die Nullzinspolitik im Alter somit rund 50.000 Euro.**

„Das haben inzwischen auch die Abgeordneten im Landtag von Baden-Württemberg gemerkt und der parlamentarische Geschäftsführer der GRÜNEN, Herr Sckerl, stellte im Plenum fest, dass eine private Altersvorsorge nicht mehr möglich ist...“, fasst **Dr. Rainer Podeswa**, finanzpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, zusammen.

„Wenn die Altparteien nach einem Jahrzehnt endlich die durch sie verursachten Probleme erkennen, dann lösen sie diese nicht für den Bürger, sondern nur für den eigenen Geldbeutel“, kritisiert **Dr. Podeswa** weiter.

„EZB-Politik kostet deutsche Sparer 436 Milliarden Euro“
FAZ 20.05.2017

DIE SYMBADISCHE STIMME

Eine Information des Kreisverbandes Karlsruhe-Land der Alternative für Deutschland (AfD)

Interviews wurden von Mitgliedern des Kreisverbands geführt.

Aktuelle Informationen erhalten Sie auf der Internetseite des Kreisverbandes.

REDAKTION UND KONTAKT

Alternative für Deutschland
Kreisverband Karlsruhe Land
Geschäftsstelle Baden-Württemberg
Zettachring 6, 70567 Stuttgart
Tel. 07 11 / 21 72 63 35

Internet:www.ka-land.afd-bw.de
Internet:www.symbadische-stimme.de
Facebook:
www.facebook.com/dr.rainer.balzer

V.i.S.d.P.: Dr. Rainer Balzer MdL, Sprecher des KV Karlsruhe-Land

Mein Pforzheim – ein Gedankenspaziergang im Soziallabor des Landes

„Verbinden Sie ihren Besuch mit einem Stadtbummel durch die Innenstadt und genießen sie an vielen einladenden Straßen und Plätzen die einzigartige Atmosphäre der City!“, so – oder so ähnlich – verspricht das Pforzheimer Stadtmarketing. Und etwas weiter heißt es, über einen Geschenkgutschein: **„Verschenken Sie die Vielfalt Ihrer Stadt!“.** Und dann wieder selbstbewusst: „**Die Stadt Pforzheim ist das wirtschaftliche und kulturelle Zentrum der Region Nordschwarzwald“** – bekannt für Edelmetallverarbeitung, Maschinenbau, Präzisionstechnik, informationsorientierte Dienstleistungen, Drucktechnik, Großversandhandel, bekannt auch für eine Hochschule, für das Technische Museum der Schmuck- und Uhrenindustrie, ein DDR-Museum, das Reuchlinhaus, für seine 50er Jahre „Goldstadt“-Volksfestveranstaltungen mit Elvis- und Peter-Krauss-Anklängen. Pforzheim ist zweifellos Teil des enorm leistungsfähigen südwestdeutschen Maschinenbau- und Feinmechanik-Epizentrums, des von Tüftlern mehrerer Nationen geschaffenen industriellen Wohlstandsgürtels von Mannheim bis Mailand. Pforzheim ist unzweifelhaft Baden, und Pforzheim ist deshalb auch – wir.

All dies lässt sich nicht von der Hand weisen. Und doch: Pforzheim ist rau, Pforzheim kann am Wochenende gefährlich sein, Pforzheim ist grimmig, grau, „bunt“ und nackt. Pforzheim ist die Zukunft.

Unsere Geschichte

Pforzheim ist das Erbe der Mönche, der Flößer, der Markgrafen, der Heere Ludwigs XIV, der Uhrmacherschule, der Bertha Benz, der Standard Elektrik Lorenz, des Bomber Harris, des lieblos-funktionellen Nachkriegsaufbaus, der Schmuckdynastien und Honoratioren, ihrer Arbeiter aus dem Umland (der „Rassler“ mit ihren genagelten Schuhen und der Geißen-Landwirtschaft nach Feierabend), der Kapos und der Polisseusen in der Bijouterie, der endzeitlich hässlichen 1980er Jahre Beton-Spekulantenorgien. Pforzheims Innenstadt ist heute Döner City, Revier der 1-€-Läden, der 1-€-Bäcker, der SüperMarkets, der Shisha Bars, einer gewaltig hässlichen Zwingburg der Agentur für Arbeit, der Import-Export-Läden, Orient-Friseure, gelangweilt vor Einkaufszentren lungernden irakischen Jugendlichen, der Altersheime für Einheimische, des unsicheren Schloßbergs. Pforzheim ist die Stadt der Russlanddeutschen auf dem Haidach und Pforzheim ist die Stadt der Flaschen sammelnden Rentner.

Unsere Politik

Pforzheim ist die AfD-Hochburg, die von der saturierten Gutmenschenrepublik gehasst wird, weil Pforzheim ihnen die künftige Welt ohne Kleider und ohne Bionade zeigt. Pforzheim ist die Stadt der Tageszeitungen, die die multikulturelle Vielfalt bekennen, mit einer Fußgängerzone, in der nach 20 Uhr keiner Deutsch spricht. Nach den Wahlerfolgen der AfD fielen jeweils zahlreich mehr oder minder erkenntniswillige Journalisten samt Aufzeichnungsgerät ein. Die Einen, um diese verstörende Stadt und ihre Wähler zu erklären, die Anderen, von den sogenannten Qualitätsmedien, um sich im Namen der saturierten Gutmenschen über die Stadt der sozial abgehängten Modernisierungsverlierer lustig zu machen. Unzählige Politologen, Herpetologen, Entemologen und sonstige Logen dürften der Wahrheit nicht näher gekommen sein. „Berlin kann jeder“, so lautete einmal für einen Tag (2017) ein Graffiti in der Bahnhofsunterführung, „Pforzheim muss man wollen.“ Dann war auch dieses so ironisch wahre Statement unter hastig aufgetragener Farbe Geschichte und die große Erkenntnis des ewigen Pforzheim versteckte sich.

Unser Heute

Pforzheim ist gerade für den in Pforzheim in den 1960ern Geborenen eine Stadt der verstörenden Brüche, denn er erkennt sie nicht wieder. Das Pforzheim der Jugend war nie elegant. Es war und ist keine schicke Verwaltungsstadt für Krawatte, Aktentasche und gewichtigem Blick. In Pforzheim ging es immer um das Geld derjenigen, die wenig Geld hatten und das sie mit der Hand verdienten. DGB und SPD waren stark. Und um das Geld derjenigen, die genug hatten, aber nicht den Geschmack dazu. Auch die IHK war stark. Der Feildreck der Goldschmiede wurde abends ausgewogen, damit nichts fortkam und stets wurde in Hierarchien klargestellt, wer oben und wer unten war. Die Lade mit der Heimarbeit wurde pro forma mit Termindruck eingehändigt, auch wenn die Geschäfte nicht gut liefen und gerade kein Kunde auf Termin drang.

Pforzheim hat mit enormem Erfindergeist sein eigenes technisches Fundament, so die Spezialmaschinen der Schmuckindustrie aus dem Nichts geschaffen. Pforzheim hat die Quarzuhr geschaffen, aber Pforzheim war nicht einig. Dem Dünkel der Chefs haben die 1990er Jahre ein Ende gemacht: Man produzierte en Masse für Menschen mit wenig Kaufkraft und für die Versandhäuser, und man gab sich protzig. Man fuhr selbst Mercedes und gab die händische Arbeit zu den flinken Frauen nach Thailand, nach Polen und schließlich nach China und bildete sich seine eigene Konkurrenz. Es blieben vor allem die wenigen höchstwertigen Anbieter, deren Klientel immer Geld hat, für ein Viertel der Arbeiter blieb der Arbeitsplatzverlust. Das Pforzheim der Jugend hat niemandem Flausen in den Kopf gesetzt und ihm Illusionen über seinen Platz in der Welt gemacht, schon gar nicht einer allein erziehenden, geschiedenen Mutter.

Und dennoch: Das Pforzheim der Jugend war in seiner Konstanz tröstlich. Wer fleißig war und sparte, den erwartete der Weltspartag und eine kleine Belohnung. Wer lernte, der konnte eine Familie gründen. Die Kundenbetreuerin der Bank war über Jahrzehnte die gleiche. Man mochte bescheidene Mittel haben, aber man hatte Perspektive und man brauchte an keinem Elend teilnehmen. Man war sicher. Man ging mit der Mutter zum Einkaufen oder zu Behördengängen in eine saubere Stadt ohne Schnörkel und Ambitionen und falsche Versprechungen. Man kaufte seine Kleider bei C&A, seltener bei Merkur, später Horten. Und doch ging man gerne in die bürgerlichen Fachgeschäfte – die Herrenausstatter, die Wäscheläden, die Geschirrläden, für Handtücher, die 40 Jahre hielten. Dort war es schön und man hatte Freude, dass es das gab. Man identifizierte sich damit, es war Made in Germany und die Präsenz des Bürgerlichen war beruhigend. Es roch nach den bescheiden gesitteten Freuden kleinbürgerlicher, mehrheitlich deutscher Existenz, nach Ordnung und Einrahmung, aber auch nach Chancen für alle diejenigen, die diese Sicherheiten noch nicht hatten, sie aber mit Gewißheit haben würden. Nie ging es uns so gut wie damals und wir wussten es nicht. Wir glaubten an die Zukunft und wussten nicht wie sie wirklich aussehen würde.

Der Wandel

Pforzheim scheint sich heute einmal wieder zu wandeln. Pforzheim glaubt an die Kosmetik des öffentlichen Raumes und an das Schönreden der Dinge. Pforzheim gestaltet binnen 20 Jahren das zweite Mal seine Fußgängerzone um und hofft auf den geistig-moralischen Durchbruch mittels neuem Straßenpflaster. Hofft auf die Belebung der Innenstadt, hofft auf attraktive Ansiedlungen und hofft auf bürgerliche Kunden mit Kaufkraft.

Diese treffen allerdings auf eine Innenstadt, die sich nicht mehr wie zuhause anfühlt - und es auch nicht ist. Man will nicht flanieren.

Man kann nicht sagen, dass Pforzheim sich nicht anstrengte. Es ist die deutsche Unsitte, um Dinge herum zu reden und sich mit faulen Kompromissen zu trösten. Es ist die deutsche Unsitte, an der Form herumzudoktern, weil der Inhalt zu brisant für Klärungen ist. Der Elefant im Raum hat einen Namen: Überbordende unqualifizierte und kulturfremde Zuwanderung, die den öffentlichen Raum übernimmt und den einheimischen kulturellen Zusammenhang und gesellschaftlichen Zusammenhalt auflöst. Pforzheim hat offiziell über 50% Bewohner mit Migrationshintergrund, bei den Grundschülern sind es längst drei Viertel. Pforzheim hat gut 3.000 Iraker, fast 33.000 Einwohner ohne deutschen Pass, bei insgesamt 125.700 Einwohnern, samt kaum zu stemmenden Sozialkosten in Höhe von gut 50 Mio. Euro, ein zeitweilig unter Zwangsverwaltung des Landes stehender städtischer Haushalt, Zuzugsbeschränkungen durch das Land abgelehnt. Kindergartenplätze gehen auf Anordnung der inzwischen ausgeschiedenen SPD-Sozialbürgermeisterin vorrangig an Zuwanderer. Währenddessen etwa 1.200 Plätze fehlen und einheimischen Eltern gekündigt wird. Der Bevölkerungszuwachs der Stadt geht ausschließlich auf Zuwanderung zurück. Der eigentliche Anker bürgerlicher Lebensweise in der „Westlichen“, der Fußgängerzone, ist das Warenhaus Kaufhof. Sollte diese Kette sich aus Pforzheim zurückziehen, ist in der Innenstadt mau. Was passiert, wenn die Wirtschaft schwächelt und Transferleistungen für die Kostgänger nicht mehr fließen könnten – kaum auszudenken.

Die Regierung

Merkel besuchte einst Pforzheim und meinte, in einer halben Stunde habe man die Stadt erfasst.

So geht es auch den Einheimischen. Den Einheimischen wird es bange. Was hat die Landesregierung zu Pforzheim und seinen Widersprüchen zu sagen? Die Landesregierung scheint Gefallen an der Goldstadt gefunden zu haben, zumindest an einigen Bewohnern. Am 10. August 2017 schrieben die Badischen Neuesten Nachrichten über einen Besuch des grünen Sozialministers Lucha und der grünen Landtagsabgeordneten Seemann, bezeichnenderweise in einem Wohnprojekt für 115 Flüchtlinge (aus Syrien, Irak, Afghanistan, Eritrea und Kamerun), wo diese unter der Schirmherrschaft der Diakonie mit einheimischen Senioren zusammenleben sollen (und die Diakonie das Projekt sicher nicht unentgeltlich betreut). Quartierbildung nennt man das wohl, im Sinne grün-ideologischer Gesellschaftsvorstellungen. Was hat Lucha nun Hilfreiches zu sagen?

„Pforzheim ist für uns ein wichtiges Soziallabor, im dem sich die Härte des Lebens in einer ehemals reichen Stadt zeigt, durch einen Strukturwandel, auf den sie nicht vorbereitet war.“

Da wissen die Laborinsassen ja, wem sie in die Hände gefallen sind. Offensichtliches Motto des Laborversuchs, Sie ahnen es:

Wie stark muss man heute einen Pforzheimer plagen und ihn entfremden, bis morgen auch der letzte Deutsche AfD wählt oder kein Deutscher mehr da ist?

Bernd Gögel
Fraktionsvorsitzender im Landtag

Es dauert nicht mehr lange, dann flüchten die Deutschen vor den „Flüchtlingen„!

Geht 2022 das Licht aus?

Hysterie heute

Ein harmloses Spurengas namens CO_2 (Kohlendioxid) wurde zum Klimakiller hochstilisiert und der Kampf gegen den imaginären Feind ausgerufen. Ende des Jahrhunderts soll menschengemachtes CO_2 eliminiert sein.

Mit der „Energiewende“ hat man schweres Geschütz aufgefahren. Ziel ist es, fossile Energieträger (Kohle, Erdöl) durch regenerative Energien (Sonne, Wind) zu ersetzen. Klingt nach leichter Übung, wird aber Deutschland schwer erschüttern.

Ein funktionierendes Stromnetz, muss über so viel Strom verfügen wie nachgefragt wird. Kein Problem in der Vergangenheit. Kern- und Kohlekraftwerke deckten die Grundlast ab. Bei Mehrbedarf wurden Mittel- und Spitzenlastkraftwerke zugeschaltet.

Fantasie heute

Windkraft- und Solaranlagen können das nicht leisten. Sie liefern zu viel oder zu wenig Strom. Überschüssiger Strom wird teuer entsorgt. Bei Nacht oder bei Windflaute müssen Dampf- und Gaskraftwerke den Bedarf decken.

Batteriespeicher wären ein wahrer Segen, wenn es sie gäbe. Es gibt sie aber nicht. Signifikante Fortschritte sind nicht zu erwarten.

Realität heute

Konventionelle Kraftwerke werden noch Jahrzehnte das Rückgrat unserer Stromversorgung bilden. Unverständlich ist, dass diese Kraftwerke so schnell aus dem Markt gedrängt werden.

Privilegien wie Vorrangeinspeisung und Vergütungsgarantien für sogenannten „grünen“ Strom bewirken das. Wenn herkömmliche Kraftwerke nur noch zeitweise Strom produzieren, sind sie unrentabel.

Thermische Kraftwerke müssen mindestens 45% des Stroms liefern, um die Netzfrequenz von 50 Hertz stabil zu halten. Frequenzabweichungen und Phasenverschiebungen vieler kleiner „Grünstrom“-Einspeiser lassen das Netz zusammenbrechen.

Die Generatoren der Großkraftwerke besitzen eine weitere netzstabilisierende Funktion. Bei Ausfall eines Blocks drehen sich die tonnenschweren Schwungmassen weiter und verhindern ein Absinken der Netzfrequenz.

Jedes abgeschaltete Kohle- und Kernkraftwerk beeinträchtigt die Stabilität des Netzes. Damit in Baden-Württemberg nicht „die Lichter ausgehen“, wird Strom aus dem windreichem Norden zugeführt.

Auf den Transitstrecken in den windarmen Süden gibt es Engpässe, die bis 2025 behoben sein sollen. Das letzte Kernkraftwerk soll 2022 vom Netz gehen. Bemerken Sie den Rechenfehler?

GRÜNE Träume

Versorgungssicherheit? NEIN!

Wohlstand? NEIN!

Strom ist dann von Nutzen, wenn er zur richtigen Zeit am richtigen Ort und in der richtigen Menge zur Verfügung steht.

Anfang 2017 herrschte „Dunkelflaute“. Kaum Sonne und kein Wind. Damals stand unser Stromnetz unmittelbar vor dem Zusammenbruch.

Die AfD fordert:

Wer Technologien ersetzen will, muss zuerst ergebnisoffen forschen und Grundlagen (wie Leitungen) legen. Eine Ideologie die planlos Milliarden verschwendet bleibt „grüne Träumerei“.

Wer hat Angst vor CO_2?

Leute, die von Naturwissenschaften wenig Ahnung haben! Schlimmer noch, sie verspüren den unbändigen Drang, die Gesellschaft umzubauen. Das nennt sich „Social-Engineering“ oder „Große Transformation“ und ist der Versuch, bürgerliche Verhältnisse und gewachsene Strukturen in das Korsett der eigenen verqueren Ideologie zu pressen.

Märchen und Torheiten

Man könnte meinen, das Zeitalter der naturwissenschaftlichen Aufklärung hätte nie stattgefunden. Wer sich auf Fakten stützt, wird angefeindet und ausgegrenzt. Dabei warnen ehrlich besorgte Wissenschaftler, vor dem Ende allen Fortschritts und des Wohlstands.

Ein Spurenelement wird angeklagt.

Trockene Luft besteht zu 78 Prozent aus Stickstoff und zu 21 Prozent aus Sauerstoff. Nur 0,04 Prozent sind Kohlendioxid (CO_2). Davon sind laut Bundesumweltamt lediglich 1,2 % vom Menschen verursacht, also 0,00048 Prozent (1,2% von 0,04%). Mit diesem winzigen CO_2-Anteil wird unsere aberwitzige Klimaschutzpolitik begründet. Wenn alle Menschen in Deutschland die Atmung einstellen und nicht mehr Auto fahren, also kein Kohlendioxyd ausstoßen, was passiert dann? RICHTIG! Nichts.

Ursache und Wirkung

An Eisbohrkernen lassen sich die klimatischen Veränderungen auf der Erde ablesen. Der Befund ist eindeutig – die Abläufe seit Jahrtausenden gleich: Auf steigende Temperaturen folgt die Erwärmung der Meere. Dies setzt gespeichertes CO_2 frei. Die selbsternannten „Klimaretter“ verwechseln Ursache und Wirkung.

Kennen Sie die Photosynthese?

Die Pflanzen bauen das Kohlendioxyd als Kohlenstoff ein und bilden so ihr Wachstum. Der frei werdende Sauerstoff geht zurück in die Luft und dient dort Mensch und Tier zur Atmung. Ein ewiger Kreislauf! Die ausgerufene Dekarbonisierung wird die Ernährungssituation der Weltbevölkerung verschlechtern.

Warum bindet man uns einen Bären auf?

Warum sind fast alle Staaten und Parteien inzwischen zu „Klimarettern“ mutiert? Richtig, es ist ein Billionengeschäft! Al Gore ist damit richtig reich geworden! Mit Angst und schlechtem Gewissen kann man dem Bürger sein Geld aus der Tasche ziehen, und alle verdienen dabei: Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Ob Diesel, Dämmung oder EEG, die Geldquellen sind schier unerschöpflich.

Die AfD steht für die Rückkehr zur Vernunft!

Wahlinformationen 2019

Bruchsal – liegt uns als AfD Stadtverband natürlich sehr am Herzen.

Als Wahl-Bruchsaler seit 2010 und vielen Generationen persönlicher Familiengeschichte in der Stadt, betrachte ich manche Entwicklungen mit zunehmender Sorge.

Die stetig anwachsende, unkontrolliert ausufernde Verschuldung, die Veräußerung des kommunalen Immobilienbesitzes, eine de-facto Ent-Ökologisierung der ganzen Stadt, eine einseitig aufgestellte und anfällige Wirtschaftspolitik, sowie eine angespannte Lage in der öffentlichen Sicherheit kennzeichnen unser Bruchsal. „Elitär“ verordnet wurde ein utopisches und teilweise völlig absurdes städtisches Wachstumsprogramm namens: „Bruchsal wächst“. Dabei fordert man eine Trendwende zum bewussten und ganzheitlichen Umgang mit den natürlichen Grundlagen. Bruchsal soll liebenswürdig und lebenswert bleiben.

Dafür stellen wir uns als Bruchsaler Stadtverband – und gerade auch ich persönlich - mit aller Konsequenz und Nachhaltigkeit in den Dienst der Interessen der Bruchsaler Bürger!

Mit Blick auf die im Mai 2019 anstehende Neuwahl des Stadtrates, rechnen wir mit einem starken Mandat der Wähler. Damit werden wir auch hier unter Beweis stellen, dass alternative Politik – die Politik der AfD – die bessere und verlässlichere Wahl zum Erhalt von Lebensqualität, Sicherheit, Harmonie von Mensch und Natur und der behutsamen Fortentwicklung Bruchsals als historischer Stadt ist.

Hier wurden in den letzten Jahren zu wenig Transparenz und Augenmaß gezeigt und zu viel Misswirtschaft betrieben. Es ist hohe Zeit für die konservative Wende – auch und gerade hier in Bruchsal.

Bitte unterstützen sie unsere AfD als Bürger Bruchsals, machen sie mit und sprechen sie uns an!

Weitere Informationen zu unserem kommunalen Programm und unseren Zielen in Kürze.

Es grüßt sie herzlich aus der Barockstadt Bruchsal – der Sprecher des AfD Stadtverbandes,

Sven Bogenreiter

Wörtlich zitiert

Angela Merkels Versprechen im Bundestagswahlkampf-Interview:

„Wir arbeiten daran, dass es keine Fahrverbote gibt.“

BILD, 21.08.2017

Der Alptraum - Gender

„Gender Mainstreaming“ nur ein neuer Begriff für die Gleichberechtigung der Frau? Das ist ein Irrtum. Gender-Ideologen gehen davon aus, dass sich jeder Mensch sein Geschlecht „Gender“ selbst aussuchen kann. Also heute Mann morgen Frau usw.. Angeblich gibt es über 60 Geschlechter, statt deren zwei, Mann und Frau.

Den wenigsten Lesern dürfte bekannt sein, dass die Gender-Ideologie auch die Frühsexualisierung von Kindern, die Entrechtung der Eltern sowie die Förderung von Homosexualität und Abtreibung zum Ziel hat.

Dale O´Leary fast die Thesen der Gender-Agenda zusammen:

1. In der Welt braucht es weniger Menschen und mehr sexuelle Vergnügungen … .

2. Da mehr sexuelles Vergnügen zu mehr Kindern führen kann, braucht es freien Zugang zu Verhütungsmitteln und Abtreibung für alle und Förderung homosexuellen Verhaltens, da es dabei nicht zur Empfängnis kommt.

3. In der Welt braucht es einen Sexualkundeunterricht für Kinder und Jugendliche, der zu sexuellen Experimenten ermutigt. Es braucht die Abschaffung der Rechte der Eltern.

Grüne und SPD sind Vorreiter dieser Ideologie und so ist Gender Mainstreaming „Leitprinzip und Querschnittsaufgabe“ der deutschen Bundesregierung seit 2000. Bundeskanzler Schröder hat Gender Mainstreaming in die Geschäftsordnung des Bundeskabinetts als Handlungsauftrag für die Verwaltung eingebunden.

Warum folgt die Regierung Merkel dieser Linie?

Nie wurde die Bevölkerung dazu gehört; niemals wurde darüber im Parlament diskutiert!

Unter dem Vorwand der Akzeptanz für die „Sexuelle Vielfalt“ gegenüber nicht heterosexuellen Menschen wurden unterschiedliche sexuelle Vorlieben in die Bildungsplänen eingearbeite. Offen bleibt die Frage, warum die Kenntnis sexueller Praktiken wie Analverkehr die Toleranz und Akzeptanz von Heterosexuellen gegenüber Homosexuellen fördern soll.

Die Sexuelle Vielfalt

In der Vergangenheit wurde auf der Basis der „Sexualpädagogik der Vielfalt“ von Prof. Elisabeth Tuider diese an Schulen in Deutschland vermittelt.

Schülern soll ab 10 Jahren die „Sexuellen Vielfalt“ u.a. durch die Frage „wo der Penis sonst noch stekken kann“ vermittelt werden. Kinder werden mit Analsex, „zu früh kommen“, Blow Job, Porno, Sadomaso, Gruppensex und Prostitution konfrontiert. Minderjährigen Schülern wird vermittelt, dass es völlig in Ordnung ist, Prostitution zu kaufen oder gegen Geld anzubieten. Die Schüler sollen vor der Klasse diese Themen als Rollenspiele pantomimisch darbieten und sich in unterschiedliche geschlechtliche Identitäten hineinversetzen.

Der aktuelle Bildungsplan

Hier wird ein „Hineinversetzen in andere sexuelle Identitäten“ gefordert. Damit legitimiert der neue Bildungsplan übergriffige Sexualerziehung und macht somit Pädophilie salonfähig. Gender-Mainstreaming treibt maßgeblich die Frühsexualisierung von Kindern, das Hinterfragen ihres Geschlechts, explizit der Heterosexualität, sowie die Entrechtung der Eltern voran. Auf diese Weise werden schwerste Persönlichkeitsstörungen vorprogrammiert.

Ausschließlich die AfD steuert hier dagegen, zum Schutz der Kinder und Jugendlichen!

Europa an den Schulen des Landes stärken

der Neuansiedlungsrahmen – Beeinflussung der Schüler?

Kennen Sie die Politik der europäischen Kommission? Kennen Sie den Neuansiedlungsrahmen?

Darin werden Migranten und Wirtschaftsflüchtlinge aus Afrika als Neuansiedler für Deutschland betrachtet.

Finden Sie das gut für die Bevölkerung in Deutschland?

Selbstständig, in selbstherrlicher Art wird seitens der EU-Kommission ohne Abstimmung oder Bürgerbeteiligung über die Bevölkerungszusammensetzung in unserem Land entschieden.

„Eine umfassende kritische Auseinandersetzung mit der Politik der europäischen Institutionen“ forderte deshalb der AfD Abgeordnete Dr. Rainer Balzer im Landtag von Baden-Württemberg.

Sitzverteilung

Malta hat einen Sitz pro 67.000 Einwohner, Deutschland hat einen Sitz pro 811.000 Einwohner.

Über diese eigentümliche Sitzverteilung im europäischen Parlament muss neu nachgedacht werden. Die Anzahl der Parlamentarier pro Mitgliedsland ist falsch, weil ungerecht. Jedes Mitgliedsland muss so viele Sitze erhalten, wie es seinem Bevölkerungsanteil in der Europäischen Union entspricht.

Sanktionen - wem nützen sie?

Kritisch hinterfragt werden muss auch die Sanktionspolitik, die die Europäische Union gegenüber Russland aufgrund des Referendums der Bürger der Krim ausgesprochen hat. Tatsächlich halten sich einige Länder, wie Italien, Österreich und die Niederlande nicht an die Vorgaben der Europäischen Kommission.

Das ist mehr als fragwürdig, ein Skandal!

Diese wenigen Beispiele zeigen auf, warum der europäische Gedanke im Moment als eher trübes Licht bei jungen Menschen nur matt leuchtet. Der Nutzen diverser Schulprojekte unter bildhaften Namen wie „Orientierung im Raum“ oder „Mein Europa, Dein Europa - misch dich ein“ ist äußerst zweifelhaft.

Statt gerechter sinnvoller Politik für die Menschen in den einzelnen Staaten zu praktizieren, wird in Brüssel weiter dem Zentralismus gehuldigt und das bestehende Konglomerat als das einzig richtige System dargestellt. Die Zielsetzung europäischer Politik, die Beantwortung der Fragen nach dem Weg der Europäischen Union geht damit vollständig verloren.

Schulprojekte – Information oder Beeinflussung?

Mit den genannten Projekten soll anscheinend auf recht naive Art das Denken über Europa vermieden und die einseitige Meinungsbildung forciert werden. Für überzeugende europäische Politik sind Hinweise auf Grenzen ohne Passkontrollen, die gemeinsame Währung und die Erinnerung an 70 Jahre Frieden zu wenig. Schulprojekte, die mit billigen Hinweisen auf Reisefreiheit und dem bequemen Wegfall des Währungstausches Europa in den Köpfen verankern wollen und die geistige Auseinandersetzung scheuen, greifen zu kurz. Das Vermeiden der geistigen Auseinandersetzung mit der europäischen Geschichte und Kultur ist typisch für die heutige Politik der Grünen und der Christdemokraten. So war dies von den Gründervätern der Europapolitik Konrad Adenauer und General de Gaulle nicht gedacht!

In deren Sinne spricht sich die Alternative für Deutschland für eine Europa der Vaterländer, für ein Europa der souveränen Nationalstaaten aus.

Dr. Rainer Balzer

Zukunftsprojekt Bruchsal! Mehr Leben in die Innenstadt

Feuerwehrhaus-Areal als zukunftsweisendes Projekt

Mit dem geplanten Umzug der Bruchsaler Feuerwehr in die Bahnstadt wird das Gelände 2020 frei für eine historisch bedeutende Entwicklung im Herzen von Bruchsal. Es gilt dem Gebäude eine neue Verwendung zu geben, die Chance zu nutzen, dem Feuerwehr-Areal ein Alleinstellungsmerkmal in der Region zu verleihen.

„Ich musste als Kind mit ansehen, wie die Synagoge niederbrannte“ höre ich meine Mutter über dieses einschneidenden Ereignis sagen, als sie von den Plänen der Stadt las. Vor dem Feuerwehrhaus stand bis 1938 eine Synagoge auf dem Platz, für den Bruchsal nun eine neue Verwendung sucht. Für mich als echte Bruchsalerin, ist es eine Herzenssache mich bei dem Ideenfindungsprozess, mit Bürgerbeteiligung einzubringen. Es ist unsere Pflicht würde- und respektvoll mit diesem historischen Schmuckstück im Stadtkern umzugehen.

Der Bruchsaler Bedarf kann nicht außer Acht gelassen werden! Das Beleben der Innenstadt, die Bedürfnisse der Veränderung der Altersstrukturen, das inter-generative Miteinander und ein sorgsames Aufwerten des Stadtgebiets muss Vorrang haben. Das letzte Filetstück in der Innenstadt muss ein gelungenes Zusammenspiel von Seniorenresidenz, niveauvollem Wohnen im Alter, einem modernen kommunalen Kindergarten mit familienfreundlichen Öffnungszeiten, beschaulichem Café, Bistro und Kiosk sein. Ein Ort, der mit Leben gefüllt wird und mit Spuren der Bruchsaler Geschichte vereint. Ein weiterer Magnet wird das Einfügen des städtischen Museums sein, das bisher ein klägliches Dasein im Schloss fristet.

Eine ganzheitliche Belebung auf hohem Niveau, ein positiver Meilenstein in der Entwicklung der Innenstadt! Ein Projekt das in Baden Seinesgleichen sucht.

Das ist meine Vision!

Es bleibt abzuwarten, ob dieser Vorschlag bei der Stadtverwaltung Zustimmung findet und im Entscheidungsprozess, im Gemeinderat ankommen wird.

Über weitere detaillierte Ausführungen werde ich zu einem späteren Zeitpunkt berichten.

Ich freue mich auf Ihre Zustimmung und danke Herrn Rainer Balzer für die Veröffentlichung in der „Symbadischen Stimme“.

Es grüßt Sie Gabriele von Massow

Werden Christen in einen „sunnitischen Islam“ integriert?

Befürwortet Kultusministerin Dr. Eisenmann einen flächendeckenden „islamischen Religionsunterricht“? Das vorrangige Ziel eines solchen Unterrichts soll die „Identitätsbildung von Muslimen“ und die „Integration“ von Schülern sein.

Dies kann der Drucksache 16 / 3166 des Landtags von Baden-Württemberg entnommen werden.

Wir verstehen also richtig:

Gemäß der Anfrage ist nicht die Integration von Muslimen in die christlichen Werte ihres Gastlandes vorrangiges Ziel. Das hätten wir erwartet!

Nein, die Integration von Muslimen in die christliche und deutsche Kultur wird nicht angesprochen. Ganz im Gegenteil: Muslime sollen ihre „Identität“ und ihren „Lebenssinn“ in einem „sunnitisch geprägten Islam“ finden.

Staatlich vorangetriebene Islamisierung im Schulunterricht?

Man höre und staune - jetzt sollen auch „Nicht-Muslime“ in einen „sunnitisch geprägten Islam“ integriert werden. Bezieht sich die von Ministerin Eisenmann gewünschte „Integration“ in das „religiös Andere“ in logischer Konsequenz auf die Integration von Nicht-Muslimen also von Christen in einen sunnitischen Islam?

Die AfD fordert dagegen für Muslime: Unterricht in christlicher Religion sowie Einführung in unsere christliche und deutsche Kultur.

Unbestritten gilt auch dem sunnitischen Islam der Koran als die Quelle der Scharia. Dort steht: „Tötet die Ungläubigen, denn sie sind schlimmer als das Vieh“. Oder: „Nehmt nicht Juden und Christen zu Freunden. Allah hat die Ungläubigen verflucht und für sie die Flamme bereitet“.

Auch diese Inhalte werden die „selbstbestimmte religiöse Identitätsbildung“ von Muslimen und ihren „Lebenssinn“ nachhaltig prägen und letztendlich bestimmen. Denn sie sind unverrückbares allgültiges Gotteswort.

Erdogan: „Es gibt keinen Islam und Islamismus. Es gibt nur Islam!“

Tötungsaufrufe gegenüber Ungläubigen sind koranisch legitimiert. Damit ist klar: Der in der Schule gelehrte Islam und der Islam der Salafisten ist der Gleiche und dieser Islam soll unterrichtet werden!

Dies kann keinen Beitrag zur Extremismusprävention leisten, wie Ministerin Eisenmann selbst anführt. Ein derartiger Unterricht fördert religiös motivierte Gewalt!

Durch das Etablieren eines “flächendeckenden islamischen Religionsunterrichts“ wird die Religionsfreiheit aktiv ausgehebelt und der Integration von Muslimen in unsere christliche Kultur und deren Werte massiv entgegengewirkt.

Tatsächlich wird die Islamisierung von Nichtmuslimen wie Christen in der Schule vorangetrieben!

Die AfD fordert mit allem Nachdruck das Ende derartiger islamischer Unterwanderung in den Bildungseinrichtungen.

Salierbrücken-Sanierung „Die unendliche Geschichte“

Erstaunliche Fortschritte: Statt Vollsperrung jetzt Sperrung mit Ausnahmen

Man könnte auch sagen der Berg kreist… und gebiert eine Maus!

Anstelle der ursprünglich avisierten totalen Vollsperrung, jetzt eine Vollsperrung mit Sondergenehmigung für Rettungsdienste und den öffentlichen Nahverkehr, so das Ergebnis der 2. Sitzung des Projektbegleiterkreises.

Dies alles zeitgleich mit der Sanierung der Rheinbrücke bei Karlsruhe und der Sperrung der Rheinquerung bei der Staustufe Gambsheim/Iffezheim wegen Bauarbeiten. Man kann annehmen und wahrscheinlich entspricht dies grün-rotem Denken, dass Arbeitnehmer, also Steuerzzahler die mit dem Auto zur Arbeit fahren, nach Meinung der Grünen wahrscheinlich sowieso überflüssig sind.

Kommentar eines grünen Abgeordneten im Landtag von Baden-Württemberg dazu: „es gibt kein Recht auf Verkehrswege mit dem Auto…!“

Menschen dieser Gesinnung repräsentieren den Industriestandort Baden-Württemberg!

Bauzeit und Scheuklappen

Die Autobahnbrücke nördlich von Speyer ist bekanntlich auch gut frequentiert und um entsprechenden Einwänden gleich zuvorzukommen: der öffentliche Nahverkehr und vor allem die S-Bahnen sind auch mehr als gut mit Fahrgästen gefüllt.

„Die jetzige Regierung mit ihrem Verkehrsminister Hermann ist mit der Lösung dieser Fragen komplett überfordert“, so der Landtagsabgeordnete Dr. Rainer Balzer. Außerdem behindern ideologische Scheuklappen das Denken!

Ein weiterer Gedanke zu diesem Thema. 1956 wurde nach knapp zweijähriger Bauzeit die Salierbrücke in Betrieb genommen, heute will man für die Instandsetzung derselben 26 Monate brauchen. Über den unterschiedlichen Maschinenpark und über die Verhältnisse in unserem Land 1956, im Vergleich zu heute, wollen wir uns an dieser Stelle lieber nicht auslassen.

Und heute gibt das Referat des Regierungspräsidiums auf die Frage nach einem ergänzenden Neubau einer Brücke folgende Antwort:

„An ein Flussufer können Sie im Grunde genommen gar nicht bauen“.

Die Erkenntnis, dass Brücken verbinden, nämlich Menschen und Länder, ist anscheinend verloren gegangen. Abschlägig wurde erwartungsgemäß auch die Frage nach einem Anhängen eines dritten Fahrstreifens an der Salierbrücke beschieden.

Ein zusätzlicher Fährbetrieb, ähnlich wie bei der Staustufe Iffezheim, wurde aufgrund der Zuständigkeit des Regierungspräsidiums (nur?) für den Straßenbau und der Nichtzuständigkeit für den Wasserweg verworfen. Warum kann hier nicht über den Tellerrand hinaus gedacht und gemeinsam die beste Lösung gefunden werden? Zumal jeder Bürger der Region weiß, dass die Bundeswehranlegestelle für Fähren in Speyer immer noch zur Verfügung steht.

Dennoch wurde seitens des Regierungspräsidiums unmissverständlich klar gemacht, dass der Individualverkehr hinten anstehen müsse, auch aufgrund von Arbeiter-Schutz-Richtlinien, die natürlich ihre Berechtigung haben.

Die Möglichkeit einer Reduzierung der auf 26 Monate angelegten Sanierungsphase durch Schichtarbeit, wie vom bisherigen OB Hansjörg Eger und Stadtrat Alois Röbosch vorgebracht, nicht verfolgt und negativ beschieden.

Als nicht überzeugendes Hauptargument gegen Schichtarbeit wurde der Arbeitskräftemangel benannt. Die Sanierung der Salierbrücke ist EU-weit auszuschreiben. So könnten, laut Stadtrat Röbosch auch Arbeitskräfte aus Österreich und der Schweiz gefunden werden.

Ideologische Scheuklappen?

Aus Kostengründen wurde das Gesuch einiger Vertreter aus der Landwirtschaft, den Fährbetrieb während der Sanierungsphase zur Entlastung verstärkt einzubinden abgelehnt. Außerdem sei die Nutzung der Fähre auch für den Individualverkehr nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Was geschieht, wenn es auf der A61 zwischen der Anschlussstelle Hockenheim-Speyer und der Autobahn-Rheinbrücke aufgrund eines Unfalls zur zeitweisen Sperrung kommt, so die berechtigte Frage von Stadtrat Röbosch.

In diesen Fällen wäre selbst der Tropfen auf den heißen Stein, besser als nichts. Die Verhältnismäßigkeit in Kosten-Nutzen-Betrachtung wäre gegeben und würde den Fährbetriebs während der Bauphase rechtfertigen.

Fazit

Trotz gewisser Annäherung des Regierungspräsidiums Karlsruhe an die Bürgerinteressen, ein unbefriedigendes Ergebnis. Die Interessen der Wirtschaft und der Landwirtschaft standen hinten an. Mutige zukunftsweisende Schritte sind mit der heutigen politischen Führung offensichtlich nicht mehr möglich.

Die Alternative für Deutschland befürwortet ganz entschieden den Ausbau des Verkehrswegenetzes gerade am Rhein. Wir befürworten eine zweite Rheinbrücke zwischen Speyer und Baden-Württemberg ebenso wie die zweite Rheinbrücke bei Karlsruhe.

Grüne Bevormundung – Die Biotonne

Angeblich wollen die Grünen uns, die Bürger beteiligen, Menschen mit Rücksicht behandeln und ganz allgemein “gut“ sein.

Und in Wirklichkeit üben Grüne massiv Zwang aus, sie gängeln, bevormunden, ja sie entmündigen die Bürger. Angeblich auf Grundlage von Gesetzen, die auf EU-Richtlinien basieren. Ein besonders eingängiges Beispiel ist der „Kampf um die Biotonne“, der Kampf gegen den „spießigen“ Eigenheimbesitzer und demjenigen, der einen eigenen Garten betreibt.

Entsorgung von kompostierbarem Müll

In Umsetzung der Abfallrahmenrichtlinien der EU in nationales Recht müssen alle Haushalte Bioabfälle seit 1. Jan. 2015 getrennt sammeln. Obst- und Gemüsereste sind nicht mehr im Hausmüll, sondern in der Biotonne zu entsorgen.

Vernünftige Landkreise besonders im „ländlichen Raum“ haben sich geweigert, die „Biozwangstonne“ einzuführen.

Landrat Dr. Christoph Schnaudigel argumentiert mit den geringen ökologischen Vorteilen und den erhebliche Mehrkosten von 20-40% für die Bürger.

Ungeachtet dessen will Umweltminister Untersteller (Grüne) mittels restriktiver Maßnahmen die Einführung der Biotonne erzwingen. Er setzt sich damit aus ideologischen Gründen schlichtweg über den Willen der Bevölkerung hinweg.

Grüne Politik – für wen?

Das Regierungspräsidium hat dem Landkreis Karlsruhe, ohne Vorankündigung, einer Anordnung zur getrennten Sammlung von Bioabfällen zugesandt!

Ultimativ wird gefordert ab 2020 Bioabfälle getrennt zu sammeln. Gleichzeitig ist beabsichtigt, der Müllverbrennungsanlage in Mannheim die Annahme gemischten Hausmülls aus dem Landkreis zu untersagen.

„Die getrennte Erfassung von Bioabfällen sei eine bundesgesetzliche Pflicht“, so der Minister. „Der Kreis weigere sich beharrlich geltendes Recht umzusetzen“ begründet Untersteller seinen ungewöhnlichen Schritt.

„Warum müssen wir diese europäischen Richtlinien umsetzten, wenn sie für uns nicht sinnvoll sind“, fragt MdL Dr. Balzer?

Das Karlsruher Kombimodell

Die ursprünglich im Restmüll entsorgten Nahrungs- und Küchenabfälle sollen getrennt entsorgt werden:

1. Klassisch über den Kompost im Garten
2. Über eine Annahme bzw. ein Bringsystem dieser Abfälle zu Grünabfallsammelplätzen
3. über die Biotonne, allerdings als freiwillige Variante.

Grüne denken in erster Linie an bequeme Bürger, die natürlich keinen eigenen Garten haben oder ihn nicht nutzen wollen.

Im zweiten, natürlich an das Bringsystem. Auf eigene Kosten und in der Freizeit soll der Bürger mit dem Pkw zu bestimmten Öffnungszeiten (!!!) den Abfall an einen Sammelplatz fahren. Oder am besten mit der Straßenbahn oder dem Anruf-Sammel-Taxi! Schön vorzustellen ist auch die Nutzung eines Car-Sharing Wagens. Den Dreck und Mief im Fahrzeug hat dann der nächste Nutzer!

Dabei sind die Grünen gegen die Nutzung des Pkw, wie verträgt sich das? Eigentlich gar nicht. Übrigens sind die meisten Grünschnittsammelplätze bei Regen recht schmutzig. Nach der Anlieferung muß das Auto geputzt werden. Tonnen von Wasser werden wieder verbraucht werden…

Und natürlich kann mit der Biotonne, endlich wieder richtig Kosten-Druck auf die kapitalistischen Hausbesitzer ausgeübt werden. Das erfreut der Grünen Herz.

Und typisch grün ist eben auch die so genannte Bürgerbeteiligung an Runden Tischen. Die bei diesem Thema wieder einmal ausfällt!

Text und Fotos: Eva Schneider

Die AfD fordert das Ende von Entmündigungsmaßnahmen durch die Grünen.

Die Alternative für Deutschland unterstützt den Landkreis Karlsruhe bei einer bürgerfreundlichen Lösung.

Die freiwillige Nutzung der Biotonne nur, wenn sie im Stadtgebiet erforderlich ist! Ansonsten Kompostierung im eigenen Garten!

Hier wäre Platz für ihren Leserbrief!

Schreiben Sie uns, was Ihnen unter den Nägeln brennt.

Wir sind offen für Kritik und freuen uns über Ihre Zustimmung!

Un-Verantwortliche Politik oder die Sanierung der Rheinbrücke bei Karlsruhe / Maxau

Die im Sommer 2018 beginnende Sanierung wird zu gewaltigen Beeinträchtigungen aller Verkehrsteilnehmer zwischen Baden und der Pfalz führen. Täglich passieren ca. 80 000 Menschen in Fahrzeugen die Brücke, die Karlsruhe mit der Stadt Wörth verbindet. Dieser Belastung ist das Bauwerk von 1966 nicht mehr gewachsen. Stellenweise ist der Asphalt nur noch zwei Zentimeter dick!
Eine Sanierung ist unausweichlich. Die Bauarbeiten sind auf 14 Monate angelegt. Halbseitig erfolgt eine Sperrung über 10 Monate sowie eine Fahrstreifenverengung ebenfalls über 10 Monate. Zudem soll es zu Vollsperrungen an sechs Wochenenden kommen.

Das Konzept der AfD

Um die Staus auf der bestehenden Brücke, die schon lange ein Nadelöhr darstellt, zu beenden, legte die Karlsruher AfD bereits folgendes Konzept vor: drei Spuren von der Brücke zum Ölkreuz weiterzuführen und dort eine Spur zur B 36 Nordanbindung auszuleiten.

„Sinnvolle Wirtschaftsentwicklung erfordert eine angemessene Infrastruktur“, so Dr. Rainer Balzer, Landtagsabgeordneter. „Deshalb ist zur langfristigen Entwicklung der Region der Bau einer zweiten Rheinbrücke erforderlich“. Dies vertritt auch der AfD-Bundestagsabgeordnete Marc Bernhard: „dazu gehört natürlich die Nordumfahrung von Karlsruhe“.
Die Region Karlsruhe, sowohl Stadt als auch Landkreis, gehören zu den wirtschaftlich stärksten Regionen Deutschlands. Geringe Arbeitslosigkeit und gute Einkommen sind die Folge starker Betriebe, engagierter Unternehmer und nicht zuletzt der verkehrsgünstigen Lage.

Grüne Fantasie und notwendige Mobilität

Aber diese hohe Wirtschaftskraft ist ohne Mobilität von Arbeitskräften und Gütern nicht möglich. Karlsruhe ist ein Verkehrsknotenpunkt und da hilft die Verweigerungshaltung grüner Politiker aus Karlsruhe nicht.
Wir erleben das Verkehrschaos auf allen Nebenstraßen, wenn auf der Autobahn A5 durch Bauarbeiten der Verkehr stockt. Dies gilt auch für die A8 nach Stuttgart, die überlastete Südtangente und für die Rheinbrücke. Das Straßennetz ist heute schon überlastet, obwohl der ÖPNV in unserer Region beispielhaft gut organisiert ist. Unternehmen in Rheinland-Pfalz müssen Personal entlassen. „Der Zeitverlust durch den Stau auf der Rheinbrücke ist nicht mehr hinnehmbar und führt zu Umsatzrückgängen“ so die Auskunft einiger Betriebe.
Die Grünen Traumtänzer meinen, sie sprächen für alle Karlsruher Bürger, wenn sie sagen, dass Karlsruhe keine zweite Rheinbrücke benötige.
Reine Ideologie wird hier sichtbar. So die Grüne Landtagsabgeordnete Bettina Lisbach: „Wir sind gegen mehr Straßen“. Wer solch pauschale Denkmuster für Politik hält, kann unmöglich vernünftige Entscheidungen für unser aller Wohlergehen treffen.“ so Dr. Rainer Balzer MdL.

Die Alternative für Deutschland fordert im Interesse der hier lebenden und arbeitenden Bevölkerung eine zweite Rheinbrücke. Dies geschieht natürlich in sorgfältiger Abwägung mit den Belangen der Natur.

Verstoß gegen Menschenrechte für Landesregierung kein Problem

Der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen, David Kaye, warnt in einem offenen Brief an die Bundesregierung vor dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG), dem er eine außerordentliche Gefährdung von Meinungsfreiheit und Privatsphäre bescheinigt. Die Durchsetzung unbestimmter rechtlicher Normen durch Privatunternehmen verbindet sich laut dem UN-Berichterstatter für Meinungsfreiheit mit mangelhafter juristischer Kontrolle. Auch der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages übte scharfe Kritik am NetzDG.

Die Landesregierung scheint diese vernichtende Kritik der UNO und der Rechtsexperten des Bundestags nicht zu stören. Beflissen begrüßt sie in einer Stellungnahme das sogenannte Netzwerkdurchsetzungsgesetz und sieht allenfalls „in seiner konkreten Ausgestaltung“ Bedarf für „Verbesserungen“. Eine „unzulässige“ Einschränkung der grundgesetzlich garantierten freien Meinungsäußerung sieht die Landesregierung in ihrer Reaktion auf einen Antrag der AfD-Landtagsfraktion nicht.

Justiz- und Innenministerium des Landes offenbaren in ihrer Stellungnahme ein fragwürdiges Rechtsverständnis. Das im Schnellverfahren durchgepeitschte Bundesgesetz öffnet der Willkür Tür und Tor. Private Internetfirmen sollen für den Staat eine Wächter- und Zensorenfunktion übernehmen, die ihnen nicht zusteht. Der ehemalige Justizminister und jetzige Außenminister Heiko Maas weiß genau, dass er mit seinen erpresserisch kurzen Bewertungsfristen und hohen Bußgeldandrohungen wahre Löschorgien gegen „rechte“ Einträge provoziert. Die Gefahr der Beschneidung der Meinungsfreiheit durch das vorgeschobene Argument einer Strafbarkeit ist offensichtlich, zumal nicht die Justiz dieses Urteil trifft, sondern unter Druck gesetzte Unternehmen.

Dass ein Gesetz problemlos den Bundestag passiert, das sogar den UN-Sonderberichterstatter für die Meinungsfreiheit auf den Plan ruft und Deutschland quasi auf eine Stufe mit Simbabwe und Kasachstan stellt, zeigt, wie dringend notwendig eine echte Opposition ist, die ihre Kontrollfunktion ernst nimmt.

Keine Gängelung von Legalwaffenbesitzern

Als eine weitere unnötige Gängelung von Legalwaffenbesitzern sieht Dr. Rainer Balzer, stellv. Mitglied des Europaausschusses im baden-württembergischen Landtag, die Bestrebungen der EU-Kommission und von Teilen des Europaparlaments an, das Waffenrecht für die Bürger der EU zu verschärfen.

„Die Begründung für die aktuellen Restriktionen erfolgt unter dem Deckmantel der Terrorabwehr, so als ob Terroristen ihre Gewalttaten mit legal registrierten Waffen begehen würden. Das ist absurd“, empört sich Dr. Balzer, „die Statistiken besagen vielmehr, dass Legalwaffenbesitzer gerade in Deutschland überdurchschnittlich rechtstreu sind.“

Die bisherigen Rechtsnormen seien für einen verantwortungsvollen Umgang mit Waffen in Privathand völlig ausreichend. Im Namen der AfD lehnt MdL Dr. Balzer jegliche weitere Verschärfung des Waffenrechts ab. „Für einen Aktionismus in Sachen Terrorabwehr auf dem Rücken der Sportschützen, Jäger und Waffensammler steht die Alternative für Deutschland nicht zur Verfügung“, stellt Dr. Balzer abschließend fest.

Sven Geschinski

Wenn Sie weitere Exemplare dieser Zeitung benötigen, dann kontaktieren Sie uns bitte.
Sie finden die aktuelle Ausgabe auch als PDF unter:
ka-land.afd-bw.de

Wussten Sie schon...

- dass 2016 von den 41 im Zusammenhang mit Schusswaffen registrierten Personenschäden in Bayern 37 durch illegale Waffen verursacht wurden?
- dass pro Jahr 70 Menschen in Deutschland an Schussverletzungen sterben, aber 300 Menschen an verschluckten Kugelschreiberteilen (Quelle: GDV-Deutsche Versicherungswirtschaft)?
- dass Chicago zwar ein restriktiveres Waffenrecht als Deutschland hat, aber dennoch dort mehr Morde geschehen als in New York und Los Angeles zusammengenommen, und zwar in der Regel mit illegalen Schusswaffen?
- dass das tschechische Unterhaus im Sommer 2017 als Reaktion auf die EU-Waffenrechtsverschärfung für ein verfassungsmäßiges Recht auf Waffenbesitz votierte?

Die große Ausplünderung

Soziale Sicherungssysteme dienen der Absicherung der Bevölkerung im Hinblick auf soziale Risiken. Insbesondere Kranke, Alte oder Arbeitsunfähige sollen damit abgesichert werden. Finanziert werden die Sicherungssysteme über Steuern und Sozialabgaben, die als Lohnnebenkosten sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer belasten.

Über acht Millionen Menschen sind in Deutschland auf soziale Mindestsicherungsleistungen angewiesen, darunter auch viele, die einer schlecht bezahlten Beschäftigung nachgehen. Deren Unterhalt wird hauptsächlich durch die Leistungsträger der Gesellschaft finanziert.

Bereits vor Beginn der so genannten Flüchtlingskrise im Spätsommer 2015 waren unsere sozialen Sicherungssysteme, insbesondere unser Gesundheitswesen, am Ende ihrer Leistungsfähigkeit. Der demografische Niedergang hat dazu sicherlich beigetragen. Aber auch andere Faktoren spielen eine Rolle. Seit Anfang 2014, dem Beginn der Arbeitnehmerfreizügigkeit für die neuen EU-Mitgliedsländer Rumänien und Bulgarien, sind Zehntausende in unsere Sozialsysteme eingewandert. Allein in der Stadt Mannheim haben sich rund 13.000 „Neubürger“ angesiedelt, vorwiegend Roma, und im Stadtteil Neckarstadt-West einen sozialen Brennpunkt geschaffen.

Die Krise der deutschen Sozialsysteme verschärft sich zusehends. Der Missbrauch von Sozialleistungen ist zu einem Massenphänomen geworden. Betrüger und Abzocker greifen in die Sozialkassen und machen reiche Beute.

So wurde jüngst bekannt, wie die Kindergeldkassen von skrupellosen Banden aus Osteuropa geplündert werden. Die FAZ berichtete darüber. In den vergangenen sieben Jahren hat sich die Höhe der Kindergeldzahlungen auf Auslandskonten fast verzehnfacht, schreibt der Spiegel. Im letzten Jahr beliefen diese sich auf 343 Millionen Euro.

Es ist absehbar, dass vor allem durch eine anhaltende Einwanderung in den deutschen Sozialstaat ein totaler Kollaps desselben immer näher rückt.

Das Ifo-Institut hat bereits im März 2016 auf die Grenzen des Machbaren hingewiesen.

Im Gesundheitswesen hat sich in den letzten Jahren eine dramatische Entwicklung vollzogen. Das fünfte Jahr in Folge sind die Gesundheitsausgaben stärker gestiegen als das Bruttoinlandsprodukt. Laut dem Statistischen Bundesamt haben die Gesundheitsausgaben in Deutschland im Jahr 2017 erstmals die Marke von 1 Milliarde Euro pro Tag überschritten. Seit Anfang 2017 erhalten immer mehr Flüchtlinge eine elektronische Gesundheitskarte. Für viele Kommunen bedeutet dies eine weitere Kostenlawine.

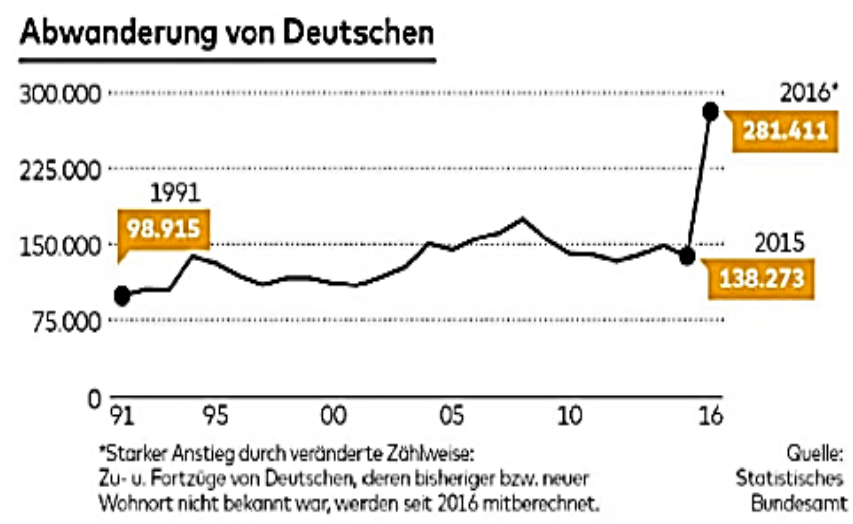
Rund eine halbe Million Türken in Deutschland haben Anspruch auf Familienmitversicherung ihrer Verwandten im Heimatland. Deutsche Krankenkassen zahlen für deren Angehörige in der Türkei mit. Auch Eltern sind mitversichert. Geregelt ist dies im deutsch-türkischen Sozialversicherungsabkommen von 1964.

Die Ausplünderung vollzieht sich in allen Bereichen des Sozialstaats.

Ein krasses Beispiel wurde 2016 bekannt. Ein Mann aus Syrien lebt mit vier Ehefrauen und 23 Kindern in Montabaur im Westerwald von deutscher Sozialhilfe in Höhe von rund 30.000 Euro im Monat.

Der weitere massenhafte Zuzug unter den Stichwörtern Familiennachzug und Resettlement wird dem Fass den Boden ausschlagen. Resettlement bedeutet Umsiedlung. 50.000 „besonders schutzbedürftige Flüchtlinge“ will die EU-Kommission in diesem und im nächsten Jahr nach Europa umsiedeln. EU-Flüchtlingskommissar Avramopoulos zufolge übernimmt allein Deutschland rund 10.000 von ihnen. Bundesinnenminister Seehofer bestätigte diese Zahl. Im GroKo-Koalitionsvertrag (auf Seite 104) taucht sogar der englische Begriff Resettlement auf. Seehofers Obergrenze von 220.000 „Neubürgern“ wird sich als sehr flexibel erweisen.

Gleichzeitig verstärkt sich unter den Leistungsträgern im Lande der Trend zur Auswanderung. Die weiter steigende Steuer- und Abgabenlast, weltweit bereits eine der höchsten, zählt häufig mit zu den Gründen.



Mediziner zieht es oft nach Großbritannien wegen der deutlich besseren Verdienstmöglichkeiten. Ingenieure gehen in die Schweiz. IT-Fachkräfte zieht es in die USA. Allein im Silicon Valley arbeiten rund 100.000 Deutsche. Viele von ihnen bleiben für immer, wie ich aus eigener Anschauung weiß. Diese Fachkräfte werden uns fehlen.

Die anhaltende Masseneinwanderung gering Qualifizierter in den deutschen Sozialstaat wird den Lauf der Dinge beschleunigen. Der Kollaps der sozialen Sicherungssysteme wird nicht mehr aufzuhalten sein. Es stellt sich dann die bange Frage, wie die Hauptbetroffenen, „diejenigen, die hier schon länger leben“, auf die große Krise reagieren werden.

Dieter Krieger

Angies Märchenstunde
„Leben wie die Kirsche auf dem Sahnehäubchen“

Immer mehr Senioren und Mittelständler geraten in unserem Land in die Verschuldung

„„Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben“, lautet ein Kapiteln aus „Angies Märchenstunde“ (SED-Verlag): Wir leben sicher, im Wohlstand und im Prinzip wie die Kirsche auf dem Sahnehäubchen. Vor allem die Wirtschaft floriert, ließ man uns gerne wissen. Dass in diesem Land, in dem angeblich Milch und Honig fließen, immer mehr Privatpersonen bis ins Existenzbedrohliche verschulden, gehört zu einer von unendlich vielen Fakten, die gerne unter den Tisch fallen.

Reale Verschuldung heute

Bereits zum vierten Mal in Folge ist die Überschuldung von Privatpersonen angestiegen, der Schuldenatlas von 2017. Rund 6,9 Millionen Deutsche sind betroffen, dies entspricht 10,4 Prozent, Tendenz steigend. Das zartgrüne Rosa der heilen Merkel-Welt färbt sich erneut in dunkelstes Gewittergrau. Auch die Region Karlsruhe ist von dieser Entwicklung betroffen. Schlusslicht ist – wie könnte es auch anders sei – die Stadt Pforzheim mit 14,8 Prozent: Hier kann bereits jeder Fünfte seine Verbindlichkeiten mit den laufenden Einnahmen nicht mehr decken. Pleite, überfremdet und verghettoisiert, fügt sich dieser traurige Fakt leider allzu nahtlos ins Gesamtbild der maroden Ex-Goldstadt ein. Zwar liegt Karlsruhe selbst mit 9,51 Prozent leicht unter dem Landesdurchschnitt, doch weist diese Quote keinen Grund zur Freude auf, zeigt auch hier der Pfeil konstant nach oben. Weitere Beispiele aus der Region Nordbaden sind: Baden-Baden (10,2 Prozent), der Ortenaukreis (8,39 Prozent) sowie Rastatt mit 7,73 Prozent.

Neben dem Mittelstand sind auch immer mehr ältere Menschen von der Entwicklung betroffen: Alleine im letzten Jahr wurde rund 194.000 Deutschen über 70 das Prädikat „verschuldet!“ aufgedrückt. Die Renten brechen weg, staatliche Hilfsprogramme sind rar, selbst der einfachste Lebensstandard kaum noch finanzierbar. Arbeiten darf, wer sich so lange wie möglich auf den Beinen halten kann. In einem Land, das demnächst weitere 6,7 Milliarden Euro nach Griechenland verschifft, in dem Rentner und Senioren jedoch nur noch zu den „Kostenfressern“ gehören, in dem Milliardengelder für Hilfen für Wirtschaftsmigranten verschleudert werden, man jedoch kaum etwas für die unsere wahrlich Hilfsbedürftigen und Sozialfälle übrig hat, ist die Aussage vom „Gut und gerne leben“ nicht nur eine Farce sondergleichen, sondern eine infame Lüge allerbittersten Ausmaßes!

Deshalb wollen wir, die Alternative für Deutschland eine unabhängige nationale Bankenpolitik, die die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank beendet.

Wir lehnen die Haftung Deutschlands für anderer Länder Schulden ab. Wir brauchen wieder vernünftige Zinserträge für Sparguthaben und sinkende Steuerlasten, die eine gute Altersvorsorge möglich machen.

Merkel-Bilanz

	Wahl 2005	Wahl 2009	Wahl 2013	Stand 2017/17	Bilanz 2006-2017
Armut	14,0%	14,6%	15,5%	15,7%	+12,1%
Strompreis (in Cent)	19,46	23,21	28,84	29,16	+49,9%
Rentenniveau	52,2%	52,0%	48,7%	47,8%	-8,4%
Kinderarmut	18,5%	18,7%	19,2%	20,2%	+9,2%
Anzahl von Teilzeit, Leiharbeit, Minijobs	30,1%	34,5%	38,4%	39,6%	+31,6%
Nichtdeutsche Tatverdächtige	22,0%	21,1%	25,7%	40,4%	+83,6%
Altersarmut	10,4%	11,9%	14,3%	16,2%	+55,8%
Rüstungsexporte (in Mrd. Euro)	4,20	5,04	5,85	6,85	+63,1%
Staatsschulden (in Mrd. Euro)	1.545	1.694	2.080	2.006	29,8%
Bundestagsdiäten (in Euro pro Monat)	7.009	7.668	8.252	9.542	+36,1%
Parteistiftungen (Budgets in Mio. Euro)	330	391	445	535 (2015)	+61,1%

Das ausführliche Parteiprogramm der AfD können Sie nachlesen unter:

https://www.afd.de/grundsatzprogramm/

Willkommenskultur für Kinder

Wenn sich Grüne für das Leben von Tieren einsetzen und den Umgang mit ihnen kritisieren, werden schnell emotional geladene Begriffe wie „menschenverachtend“ und „inhuman“ verwendet. Doch wenn es um das ungeborene Leben ihrer eigenen Bevölkerung geht, verweisen sie auf das Recht der Frau am eigenen Körper. Man könnte meinen, dass den selbst ernannten Umweltschützern das menschliche Leben weitaus weniger bedeutet als das von Tieren. Es ist jedoch ein Naturgesetz, dass ein Volk nur fortbestehen kann, wenn es sich fortpflanzt

Doch wem gehört ein ungeborenes Kind? Wann beginnt das Leben? Angesichts der Entscheidung in Irland für Abtreibungen, muss man sich diese Fragen erneut stellen. Und wundert sich in diesem Zusammenhang, dass die Zeitung „Welt“ nahezu höhnisch schreibt, man habe sich in Irland für die Menschlichkeit entschieden. Es ist aber durch und durch unmenschlich, eine Entscheidung gegen das Leben aus rein finanziellen oder anderen niederen Beweggründen zu treffen. Das machen die meisten Frauen allerdings, die sich zu einer Abtreibung entschließen Das soll menschlich sein?

Fast möchte man meinen, dass ein Embryo ein rechtloser Teil des weiblichen Körpers ist. Er ist für einige oder gar für erschreckend viele Menschen ein Nichts, über das man nach eigenem Ermessen und eigener Laune verfügen kann. Er wird als Pflicht empfunden - für zu viele Frauen und Paare als lästige Pflicht. Zur Zeugung ist allerdings ein Mann nötig. Rechte hat er an dem Kind, an dem er maßgeblich beteiligt war, keine. Zumindest nicht bis zur Geburt. Danach werden Männer allzu gern in die Pflicht genommen und gar als grausam hingestellt, wenn sie sich weigern, „Vaterpflichten“ zu übernehmen. Natürlich muss es möglich sein, Kinder in Härtefällen abzutreiben. Doch muss man davon wegkommen, ungeborenem Leben generell das Existenzrecht abzusprechen. Denn die Frauen, die unüberhörbar schreien, um abtreiben zu dürfen, sind sicher auch jene, die ebenso laut bei einer Fehlgeburt heulen. Hier wird mit zweierlei Maß gemessen. Ist ein Kind ungewollt, ist es ein seelenloser Gewebeklumpen. Ist es gewollt, war es ein kleiner Mensch. Beide Sichtweisen lassen sich nicht miteinander vereinbaren. Deshalb spreche ich mich dafür aus, ein ungeborenes Kind als das anzusehen, was es ist: Ein kleiner Mensch, der in den besten Fällen bereits Herzen berührt hat. Der tatsächlich existiert, sobald er gezeugt wurde und somit ein Teil unserer Gesellschaft geworden ist, noch ehe er seinen ersten Schrei getan hat.

2017 wurden in Deutschland über 100 000 Kinder, jedes fünfte, abgetrieben. Die Zahl stieg im Vergleich zum Vorjahr. Dass vor allem in Mecklenburg-Vorpommern überproportional viele Abtreibungen vorgenommen werden, ist bezeichnend. Dort ist die Arbeitslosenquote eine der höchsten deutschlandweit. Die Politik muss den Frauen, die ungewollt schwanger werden, Optionen aufzeigen, die sie gar nicht erst zu einem solch schrecklichen Schritt zwingen. Offensichtlich haben viele Bürger das Vertrauen in eine positive Zukunft unseres Landes verloren und fürchten den sozialen Abstieg, wenn sie ein Kind bekommen. Leider sind diese Ängste nicht unbegründet. Die aktuelle Politik und die der letzten Jahrzehnte hat zu dieser tragischen Entwicklung geführt.

Denken wir einen Schritt weiter. Wäre es nicht schön, wieder verstärkt das Lachen von Kindern zu hören, statt über die Überalterung unserer Bevölkerung zu klagen? Dafür muss ein Klima geschaffen werden, in dem Kinder nicht als Last angesehen werden, sondern als unsere Zukunft. Dafür benötigen wir Kindergartenplätze, Schulen in Laufweite, bezahlbaren Wohnraum und weitere Maßnahmen, die familienfreundlich und kindgerecht sind. Wir benötigen demnach alles, wofür die aktuelle Regierung nicht steht.

Ja, die Forderung, das ungeborene Leben zu schützen, ist auch ein Plädoyer für eine Gesellschaft, die sich vom grenzenlosen Egoismus abwendet, der viele von uns antreibt. Sich selbst in jeder Sekunde seines Lebens vollumfänglich zu entfalten, kann nur auf Kosten anderer funktionieren. Eine Frau ist in den Augen der Extremisten ein Niemand, wenn sie sich nicht in der Arbeitswelt behauptet. Dass das Erziehen eines Kindes weitaus erfüllender sein kann, als stundenlang in Konferenzen zu sitzen, kam den 68ern und ihren Nachfolgern wohl nie in den Kopf.

Die bereits zitierte „Welt“ bezeichnet das Ja für Abtreibungen in Irland als „gesellschaftlichen Fortschritt“. Frauen jubelten auf den Straßen Dublins, weil sie nun legal ihr Ungeborenes abtreiben dürfen. Deshalb halte ich es für wichtiger als je zuvor, eine andere und realistischere Sicht auf die Dinge zu vertreten. Ohne Nachwuchs stirbt eine Gesellschaft. All unsere Werte und Errungenschaften sind bedeutungslos, wenn es niemanden mehr gibt, der sie lebt oder sich daran erfreut. Aber soweit denken jene nicht, die bereit sind, einen kleinen Menschen zu töten, weil sie zuvor verantwortungslos gehandelt haben - und die Folgen ihres Tuns in einem Moment der Lust einfach ausblendeten.

INFO Stefan Herre ist Abgeordneter des Wahlkreises Balingen. Er ist 26 Jahre alt, führt zwei Meistertitel und sitzt seit Mai 2016 im Landtag von Baden-Württemberg.
Für Fragen kontaktieren Sie ihn unter www.stefan-herre.de.

Tötet die Weißen – Rassismus heute

In Südafrika wird jeden sechsten Tag ein Weißer ermordet. Im politischen Leben und als Führungskräfte spielen Weiße kaum noch eine Rolle. Bei Bewerbungen werden Menschen weißer Hautfarbe systematisch benachteiligt.

Seit dem Machtwechsel zur schwarzen Mehrheitsregierung 1996 wurden 1.747 Menschen auf Farmen ermordet, insgesamt wurden 12.806 Angriffe erfasst. Die Täter warten häufig nach erfolgreichem Hauseinbruch oft Stunden auf ihre Opfer und foltern Kinder, Frauen, Männer anschließend auf unaussprechliche Weise zu Tode. Der Rest der Welt sieht zu!

Südafrika – Mord & Enteignung - eine schwarznationalistische antiweiße Vertreibungsstrategie

Das “South African Institute of Race Relations (SAIRR) spricht von einem “Rassenelement”. Weiße Farmer erkennen die “schwarznationalistische antiweiße Vertreibungsstrategie”.

Aussagen der schwarzen Regierungschefs sprechen eine klare Sprache. So sagte der Oppositionsführer, Julius Malema, einstiger ANC-Jugendvorsitzender und heutiger Chef der linksextremen schwarznationalistischen “Economic Freedom Fighters (EFF) im November 2016: “Wir rufen nicht zum Abschlachten der Weißen auf. Zumindest noch nicht”. Er erklärte dabei, dass die “verbliebenen Weißen nur Gäste” seien.

ANC-Slogans aus Apartheitszeiten, wie “Kill the Farmers, kill the Boer”, gehören zu Aufrufen bei politischen Veranstaltungen. Präsident Zuma hatte 2012 öffentlich gesungen: “Tötet die Buren”. Im darauffolgenden Monat stiegt die Tötungsrate an weißen burischen Farmern deutlich.

Die Statistiken zu Farmattacken wurden fast fünf Jahre lang von der Schwarzen Regierung unterdrückt und nicht veröffentlicht.

„Weiße Landwirte enteignen - Die Zeit des Ausgleichs ist vorbei“,

so der EFF-Chef Julius Malema. Im Parlament von Kapstadt wurde im Februar der Antrag „Weiße Landwirte entschädigungslos zu enteignen“ verabschiedet. Eingebracht hatte dies die linksextreme EFF (Economic Freedom Fighters) und der African National Congress (ANC) unterstützte!

Parteien wie CDU und SPD hofieren Nelsons Mandelas Partei immer noch! Derweil sind in Südafrika, ehemals ein reiches, schönes und sicheres Land, umfangreiche Verfassungsänderungen zu Lasten der Weißen im Gange. Immer mehr Weiße Farmer verlassen das Land und sind in Ungarn oder Neuseeland willkommen.

Der Exodus der kommerziellen Farmen wird in den nächsten 5 bis 10 Jahren zum Kollaps der Lebensmittelproduktion und damit zur Destabilisierung der Region führen. Verhältnisse wie in Rhodesien, heute Zimbabwe genannt, sind vorprogrammiert.

Rund 80% der Lebensmittel, die in Afrika konsumiert werden, stammen von weißen Farmern. Woher sollen die Lebensmittel zukünftig kommen?

Kommen dann die Esser nach Europa und vorzugsweise nach Deutschland?

Geht dann das Morden an der weißen Bevölkerung bei uns weiter?

Schauen auch hier die weißen Politiker zu?

AfD Kreisverband Karlsruhe-Land
ka-land.afd-bw.de

Südafrika

80% der Lebensmittel, die in Afrika konsumiert werden, stammen von weißen Farmern Südafrikas.
Die weißen Farmer werden enteignet und ermordet und der Rest der Welt sieht zu.
Woher kommen die Lebensmittel für Afrikas Bevölkerung in Zukunft?
Kommen dann alle Esser – vor allem männlich, alleinstehend und im besten Alter – nach Europa ?

Finanzhaushalt 2016 – 2019

Lieber Bürger,
lieber Steuerzahler,

die Landesregierung von Baden-Württemberg unter Bündnis 90/Die Grünen und CDU hat für 2018/19 einen Doppel-Haushalt vorgelegt, den die AfD (wie immer) kritisch durchleuchtet hat. Es folgten unsere Änderungsanträge für Verbesserungsvorschläge. In manchen Bereichen wollten wir, dass das Land deutlich mehr Geld ausgibt - beispielsweise bei Bildung, Polizei, Krankenhäusern und Infrastruktur. In anderen Bereichen machten wir produktive Vorschläge, die dem Land insgesamt über eine Milliarde Euro gespart hätten.

Eine häufige, aber falsche Vermutung vorab: an den Kosten zur Integration von Flüchtlingen haben wir nicht gespart. Diese haben wir komplett zur Remigration umgewidmet, um die Kommunen bei den Rückkehr-Bemühungen in befriedete Länder zu unterstützen.

Selbst die grüne Finanzministerin musste zugeben, dass unsere Finanz-Vorschläge durchdacht sind - im Gegensatz zu den Vorschlägen von FDP und SPD.

Die Landesregierung könnte sparen, will aber nicht. Noch nie in der Geschichte von Baden-Württemberg waren die finanziellen Spielräume größer als heute. Aus dem Haushalt 2017 wird die Landesregierung einen „Haushaltsrest“ von voraussichtlich über 4 Milliarden Euro übertragen können. Zusammen mit ungeplanten Steuermehreinnahmen beläuft sich die finanzielle Reserve der Regierung auf über 6 Milliarden Euro. Dieser Betrag gilt über den mit 50,5 Milliarden Euro höchsten und verschwenderischsten Haushalt aller Zeiten hinaus.

In „schlechten“ Zeiten konnte die Landesregierung die Grunderwerbsteuer von 3,5% auf 5,0% erhöhen. In der besten Einnahmesituation aller Zeiten denkt sie aber nicht im Traum daran die Bürger wieder zu entlasten. Der Antrag der AfD-Fraktion zur Reduzierung der Grunderwerbsteuer von 5% auf den alten Wert von 3,5% und zusätzliche Freibeträge für Familien mit Kindern wurden abgelehnt. Zum Vergleich: In Bayern beträgt die Grunderwerbsteuer seit Jahrzehnten nur 3,0%!

Ihr Dr. Rainer Podeswa
Vize-Vorsitzender der AfD-Fraktion und Sprecher für Finanzen und Haushalt

PS: Sie kennen eine Steuerverschwendung in Ihrer Region? Unsere Fraktion freut sich auf Ihren Hinweis!

Luxuspensionen?

Ein durchschnittlicher Lebensversicherungs-Sparer, der 30 Jahre lang monatlich 200 Euro einzahlt, verliert durch die Nullzinspolitik im Alter rund 50.000 Euro. Das ergibt der einfache Vergleich der Rendite einer Lebensversicherung, die man heute abschließt (Beitragsrendite 2,4%), gegenüber einer Police, die heute nach 30 Jahren Laufzeit fällig ist (Beitragsrendite 4,4%). Ein Verlust, für den keiner aufkommt.

Aber das sind die Probleme der normalen Bürger. Weil einige Abgeordnete inzwischen ebenfalls merkten, dass ihre Pensionen mit der Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank deutlich geringer ausfallen, wollen sie nun Änderungen. Im Landtag versuchten deshalb CDU, SPD und Grüne gemeinsam in einer Nacht-und-Nebel-Aktion auf eine Luxusrente umzustellen.

Die baden-württembergischen Abgeordneten scheinen dabei kein Einzelfall zu sein. Als besonders planlos stellten sich kürzlich die EU-Parlamentarier heraus, als sie bemerkten, dass zur Ruhestands-Versorgung von derzeit ca. 700 anspruchsberechtigten Abgeordneten bald nur noch 146,4 Mio. zur Verfügung stehen, aber Ansprüche über 472,6 Mio. Euro existieren. Bedeutet: statt 675.000 Euro gäbe es nur noch 209.000 Euro Rente pro Abgeordneten. Damit begnügen sich diese natürlich nicht, sondern die Differenz wird der Steuerzahler tragen.

Für ein Altersvermögen von 209.000 Euro, welches den Abgeordneten nicht reicht, muss ein Normalsparer 47 Jahre lang in die Lebensversicherung einzahlen. Für 675.000 Euro sogar 85 Jahre lang.

Vielleicht haben sich die baden-württembergische CDU, Grünen und SPD also an ihren europäischen Kollegen orientiert? Die Diät von 7.776 Euro, die steuerfreie (!) Aufwandsentschädigung von 2.169 Euro, sowie zusätzliche 1.720 Euro (alles monatlich!) nur für die Altersversorgung langen ihnen jedenfalls nicht. Vermutlich meinen die Altparteien, wenn sie verkünden „Wir brauchen mehr Europa“, eigentlich „wir wollen mehr Pensionen wie die EU“?

Die AfD übte massive Kritik an der dreisten Selbstbedienung. Die Altparteien koppelten ihre Luxusrente übrigens gleich noch mit einer Erhöhung der steuerfreien (!) Aufwandsentschädigung, sowie einer Verdoppelung ihres Mitarbeiterbudgets auf über 10.000 Euro monatlich.

Mit der Luxusrente sichert sich ein Abgeordneter schon nach 13 Jahren im Landtag eine Pension von 2.470 Euro. Die Kosten der Luxusrente lassen sich pro Legislaturperiode auf etwa 100 Mio. Euro schätzen.

Wir glauben Ministerpräsident Winfried Kretschmann auch nicht, dass er von dem dreisten Selbstbedingungsplan seiner grün-schwarzen Regierungsfraktionen nichts gewusst hat, wie er behauptet.

Mangelnder Schuldenabbau und Betrug mit „implitzierter“ Verschuldung

Die Bedeutung von Schuldenabbau

Baden-Württemberg bezahlt 1,6 Milliarden (2018) bzw. 1,7 Milliarden (2019) an Zinsen. Das ist so viel, wie unsere komplette Polizei kostet. Ohne Zinsen könnten wir also z.B. die Polizei verdoppeln. Würden die aktuell niedrigen Zinssätze steigen, z.B. auf das Doppelte, dann müsste das Land 1,7 Milliarden einsparen. Bei Polizei, Bildung, Straßen, usw. Wir müssen diese Schulden daher schnellstens abbauen!

Schulden-Rückzahlung: 500 statt 2.442 Mio.!

Die Landeshaushaltsordnung verlangt im Sinne der sogenannten „Schuldenbremse“, dass das Land nicht nur keine neuen Schulden aufnimmt, sondern aufgrund der guten Haushaltslage und Rekord-Steuereinnahmen 1.080 Mio. Euro (2018) bzw. 1.362 Mio. Euro (2019) von unseren 47,2 Mrd. Schulden zurückzahlt. Das wäre auch sinnvoll.

Stattdessen tilgt die Landesregierung jedoch nur 250 Mio. Euro an Schulden pro Jahr. Damit würde die Rückzahlung aller Schulden knapp 200 Jahre dauern - sofern es in den nächsten 200 Jahren keine Krise gibt. Kalkuliert ist aber bereits im folgenden Haushalt eine Deckungslücke. Die erwarteten Einnahmen reichen also nicht und der Schuldenabbau wird schon in zwei Jahren wieder reduziert.

„Implizite“ Verschuldung

Damit die Regierung nicht gegen die Schuldenbremse verstößt, hat sie auf einen Taschenspieler-Trick gesetzt. Sie hat einfach umbenannt, was „Schulden“ sind. Daran übte nicht nur die AfD massive Kritik, sondern auch Organisationen wie der „Bund der Steuerzahler“ und ebenso der Landesrechnungshof.

Statt wirkliche Schulden (Kreditmarkt-Schulden) zu tilgen, hat sie Aufgaben, die sie sowieso erledigen muss (z.B. den Sanierungsstau), als Schuldenab-bau klassifiziert.

„Die Sanierung der landeseigenen Infrastruktur ist absolut notwendig, aber eben keine Schuldentilgung, sondern ganz normale Aufgabe des Staates.“
Dr. Rainer Podeswa im Landtag

Statt die vorgeschriebenen 2,44 Mrd., zahlt die Regierung nur 0,5 Mrd. Euro zurück. Damit lässt sie noch unzählige Generationen in Schulden leben und riskiert den Wohlstand unseres Landes.

	Geplanter Schuldenabbau	Deckungslücke
2017	0	**0**
2018	250 Mio. €	**0**
2019	250 Mio. €	**0**
2020	235 Mio. €	**154 Mio. €**
2021	102 Mio. €	**447 Mio. €**

Geld-Verschwendung

Beispiele für massive Geld-Verschwendung im Landeshaushalt:

„Mensch-Wald-Beziehungen“
6 Sozialpädagogen untersuchen künftig im Schwarzwald die „Mensch-Wald-Beziehungen“! Dabei äußerte Finanzministerin Sitzmann (Grüne) im Plenum: *„Wir geben dort mehr Geld aus, wo dies Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger schafft, und nirgendwo sonst.“*

Vielleicht spielte bei der Idee die Finanzministerin (war früher Reiseleiterin und studierte Kunstgeschichte) eine Rolle oder auch ihre Staatssekretärin: ***Gisela Splett*** (Grüne) arbeitete Anfang der 90er Jahre am Norwegischen Waldforschungsinstitut.

1.480 Beamte für 3 Milliarden
Gleich auf der ersten Seite im Paragraf 2 des Landeshaushaltsgesetzes streicht die Landesregierung Stelleneinspar-Verpflichtungen in Höhe von 1.480 Beamten. Das bedeutet Gesamtkosten von rund 3 Mrd. Euro über Generationen hinweg. Eigentlich gab der Landesrechnungshof 2011 ein Abbauziel von 15.000 Beamtenstellen bis 2020 vor.

Über 17 Mrd./Jahr für Personal
Die meisten Beamtenstellen mögen für sich genommen notwendig sein. In der Masse sind sie es jedoch nicht. Bereits seit 2008 ist festzustellen, dass die Personalausgaben **jährlich um 500 Mio. Euro steigen.** Allein in der Finanzverwaltung sind inzwischen über 16.000 Beschäftigte.

Prostituierte Umwelt-Beamte?
225 neue Umwelt-Beamte hat sich die Regierung für Ministerium, Regierungspräsidien, usw. gegönnt, um das Weltklima von Stuttgart aus retten zu können. Aber das reicht nicht: hinter neuen Gesetzen, u.a. zum Schutz von Prostituierten, versteckte sie weitere 31 Umwelt-Beamte!

Zur Begründung für die vielen Beamten hat Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) ein Gefälligkeitsgutachten durch den ehemaligen Fraktions-vorsitzenden der Grünen-Fraktion im Bochumer Stadtrat, Jörg Bogumil, erstellen lassen. **Steuerverschwendung?**

Soziale Fantasie-Geschlechter
Neben der Finanzierung dutzender pseudowissenschaftlicher Genderlehrstühle in zweistelliger Millionenhöhe, fördert das Sozialministerium mit zusätzlichen 400.000 Euro jährlich die „Erforschung“ von Fantasiegeschlechtern. Die Gender-Fanatiker der Altparteien gehen davon aus, dass das Geschlecht sozial „erzogen“ und somit jederzeit frei wähl- und änderbar ist.

Andachtsraum für Abgeordnete
Der „Raum der Stille“ ist ein neuer Raum im Landtag und exklusiv für die 143 Abgeordneten gedacht. Kosten allein für die Innenausstattung der 60 m²: 215.000 Euro. Dafür ist auch ein Kompass nach Mekka enthalten. Dabei gibt es genügend Kirchen und Moscheen in fußläufiger Entfernung...

Finanzhaushalt 2018/2019
Unsere Forderungen für die Bürger

Die renommierte OECD bestätigte Deutschland die **zweithöchste Steuer- und Abgabenbelastung weltweit** nach Belgien. Darunter leiden besonders kleine und mittlere Einkommen. Wir fordern in Zeiten von Rekord-Steuereinnahmen Entlastungen der Bürger und Investitionen für die Zukunft.

Günstigeres Wohnen
Während die AfD-Bundestagsfraktion für eine Senkung der Mehrwertsteuer kämpft, von der insbesondere Geringverdiener profitieren, kämpft die Landtagsfraktion u.a. für eine niedrigere Grunderwerbsteuer und weniger Bauvorschriften, um günstiger Wohnraum zu schaffen und so Bürgern eigene vier Wände zu ermöglichen (die wichtigste Altersvorsorge!), aber eben auch den Immobilienmarkt für Mieter zu entspannen.

Kommunen und Infrastruktur
Zusätzliche Mittel für die Infrastruktur der Kommunen, aber auch der Neu- und Umbau bzw. die Sanierung von Landesgebäuden wie der Hochschule der Polizei müssen oberste Priorität bekommen.

Bildung und Schüler-Beförderung
Nach dem Bildungsdesaster brauchen wir eine klare Wendung und Abkehr von der ideologischen Bildung. Wir fordern das dreigliedrige Schulsystem wieder zu stärken und Bildungsexperimente zu beenden. Zudem beantragten wir mehr Geld für Kommunen, um kostenlose Schüler-Beförderung zu ermöglichen.

Breitbandausbau und Straßen
Um eine starke Wirtschaft und die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, sowie den ländlichen Raum zu stärken, forderten wir eine Milliarde Euro zusätzlich für den Breitbandausbau sowie für die Erhaltung und Reparatur der Straßen.

Altersprüfungen und Remigration
Die AfD setzte sich auch 2018/19 für eine Altersüberprüfung bei Asylbewerbern, sowie konsequente Abschiebungen ein.

300 zusätzliche Verwaltungsrichter
Die massive Überlastung der Gerichte kostet uns viel Geld. Im Bereich der offenen Abschiebungen, die nicht bearbeitet werden können, lässt sich ein dreistelliger Millionenbetrag einsparen.

Polizei und Feuerwehr
Wir beantragten mehr Mittel für die Polizei, insbesondere Zulagen für den Nachtdienst, sowie 20 Mio. Euro, um die Polizei-Ausbildungskapazitäten schneller zu erhöhen. Für die Feuerwehr wollten wir neue Fahrzeuge im Gesamtwert von 72 Mio. Euro.

„Beauftragte“ einsparen
Der Bürger wählt Abgeordnete, damit diese sich für ihn einsetzen. Sie sind die Bürgerbeauftragten. Zusätzliche Beauftragte (z.B. Bürgerbeauftragte) zu ernennen ist eine Unart der Regierung, um Versorgungsposten für Parteifreunde zu schaffen. Die AfD will stattdessen den Petitionsausschuss stärken.

Landeszentrale für politische Bildung abschaffen

Die LpB ist nachweislich politisch nicht neutral. Sogar die Verharmlosung und Förderung von Linksextremismus konnten wir nachweisen. Wir fordern daher deren Abschaffung - politische Bildung muss subsidiär in den Schulen stattfinden.

Für Krankenhäuser:
70 Mio. Euro mehr
Um den ländlichen Raum zu unterstützen und eine flächendeckende Versorgung zu garantieren.

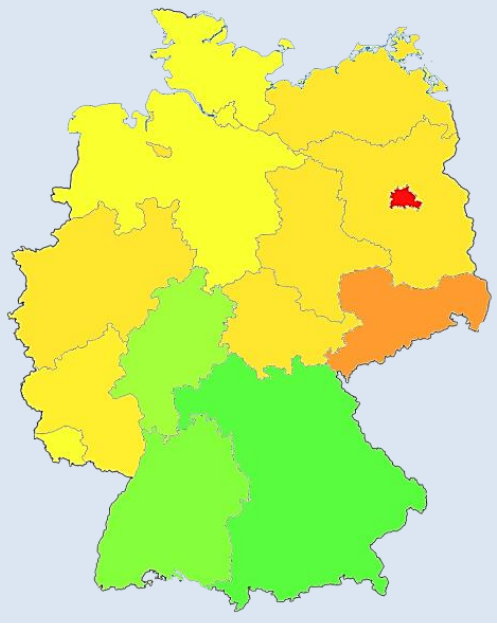
Länderfinanzausgleich

Baden-Württemberg gehört seit vielen Jahren zu den drei Bundesländern, die einzahlen (im Bild GRÜN). Die anderen 13 Bundesländer erhalten unser Geld.

Die „Milchmädchenrechnung“.

Natürlich klingt es gut, dass Baden-Württemberg einen niedrigeren Beitrag als im letzten Jahr zahlen muss. Insgesamt wurden Mehrbelastungen von 9,75 Milliarden Euro ausgehandelt, die nun der Bund tragen soll und somit der Steuerzahler. So wird die Verteilung des Ausgleichs nur verschleiert. Zudem haben die Ministerpräsidenten bei den Verhandlungen weitere Verantwortung an den Bund abgegeben und damit die Subsidiarität geschwächt.

Besser wäre es, für die Nehmerländer (GELB, ORANGE, ROT) zusätzliche Möglichkeiten zu schaffen, um die Steuerverschwendung zu beenden.



Rückblick: Haushalt 2018/2019

Schon bei unseren ersten Haushaltsberatungen (im Juli 2016 ein **Nachtragshaushalt)** übte die AfD-Fraktion massive Kritik. Fast 100 Beamte gönnte sich die Regierung damals über den Nachtragshaushalt. Dabei hatte sie im regulären Haushalt schon übergenug neue Beamte!

Auch beim neuesten Finanzplan gehen wir davon aus, dass Nachtragshaushalte folgen werden. Und garantiert wird die Regierung darin wieder weitere Posten für Parteifreunde verstecken.

Landesrechnungshof bestätigte Kritik

Auch gab uns der Landesrechnungshof bereits 2016 in vielen Bereichen recht. Beispielsweise bei unserer Kritik daran, dass immer mehr Lehrkräfte in Ministerien arbeiten und nicht in Schulen.

Anderes Beispiel: aktuell lässt sich die Regierung für mehr Geld für die Kommunen feiern. Dabei muss man erwähnen, dass dieselbe Regierung noch im letzten Jahr den Kommunen im kommunalen Vorwegabzug 250 Millionen Euro weggenommen hat!

Falsches Parteibuch? Pensionierung!

Direkt zu Beginn unserer Landtagsarbeit deckten wir eine massive Steuerverschwendung auf: 17 Spitzenbeamte wurden wegen des falschen Parteibuchs mit dem Regierungswechsel in den Vor-Ruhestand geschickt. Kosten: rund 3 Mio. Euro.

Den Landeshaushalt 2017 kritisierten wir mit über 150 Änderungsanträgen, von denen natürlich kein einziger von der grün-schwarzen Regierungskoalition angenommen wurde. Insgesamt war das Haushaltsvolumen zum Vorjahr um 7,8% gestiegen, die wirtschaftliche Leistung im Land aber nur um 1,6%.

Gefängnisse:
Arabisch-Unterricht

Beispiel: Ein Kritikpunkt waren Sprachkurse für Justizvollzugsbeamte. Für 150.000 Euro sollten diese u.a. Arabisch lernen, denn wie der Justizminister (CDU) damals eingestehen musste, gibt es nicht nur eine massive Überbelegung in den Gefängnissen, sondern der Ausländeranteil liegt in der Untersuchungshaft auch bei über 70%.

Im Januar 2018 folgte „Video-Dolmetschen“ - die Sprachkurse hatten offenbar keinen Erfolg. Bis zu 200.000 Euro gibt der Justizminister nun jährlich für Online-Dolmetscher in den Gefängnissen aus.

Gelder im eigenen Land benötigt

Während wir 200.000 Euro für zerfallende Gedenkstätten (darunter auch viele Friedhöfe) in Baden-Württemberg beantragt hatten, berichtete die Presse lieber darüber, dass wir keine zusätzlichen Mittel an Gedenkstätten im Ausland geben wollten.

Stau-Land Baden-Württemberg

Im Verkehrshaushalt hatten wir zusätzliche 40 Mio. Euro für die Erhaltung unserer Straßen beantragt.

Steuerverschwendungen

Wir beantragten die Millionen für Parteistiftungen zu streichen, sowie alle Professuren, die sich mit „Genderforschung“ befassen. Auch ein überteuertes Elektromoped fürs Staatsministerium hielten wir für eine ideologische Ausgabe.

Durch weitere Sparmaßnahmen, u.a. Altersprüfungen angeblich minderjähriger Flüchtlinge, wollte die AfD-Fraktion insgesamt rund 1,5 Milliarden Euro einsparen.

Gebrochene Wahlversprechen

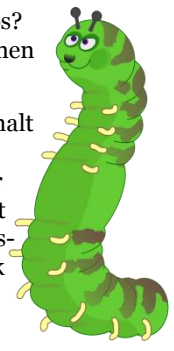
Im Landtagswahlkampf gab die **CDU** viele Versprechen ab - bei der Inneren Sicherheit, Bildungspolitik, Familienpolitik, usw. Nun ist die CDU Teil der Regierung und die Steuereinnahmen sind erstaunlich hoch. Bessere Chancen, um die Wahlversprechen einzulösen, gibt es kaum. Doch sie hält ihre Wahlversprechen nicht...

Am Ende der Legislatur werden wir weniger Polizisten haben, statt mehr. Unsere Bildung stieg von den Top-Plätzen auf die schlechtesten - und die CDU-Bildungsministerin nimmt die grün-rote Reform trotzdem nicht zurück, sondern führt sie nahezu 1:1 als grün-schwarze Bildungspolitik weiter. Beispielsweise, indem sie die Gemeinschaftsschulen mit höheren Mitteln wie die Gymnasien unterstützt. Statt gute Infrastruktur aufzubauen, versucht die Regierung erfahrenen Weltkonzernen bei der Digitalisierung Konkurrenz zu machen. Das langsame Internet bleibt uns erhalten, dafür berät die Regierung uns zum Thema „Cyber-Abwehr“.

Von der Verschuldung, die jetzt wohl über Jahrhunderte abgebaut werden soll, brauchen wir hier nicht zu sprechen. Zukunftspolitik geht anders.

Statt Ingenieure bekommen wir Gender, Tricksereien für mehr Beamte und Sozialpädagogen, die im Schwarzwald die „Wald-Mensch-Beziehungen“ erforschen...

Die Grüne Raupe Nimmersatt



Was ist mit der CDU los? Wieso lässt sie der grünen Raupe freie Hand?

„Es ist leider ein Haushalt gebrochener Wahlversprechen und massiver Selbstbedienung“, fasst Dr. Rainer Podeswa insbesondere im Hinblick auf den massiven Stellenaufbau zusammen.

„Die Steuerverschwendung ist also wieder nicht das einzige Problem.“

HAUSHALT

BADEN-WÜRTTEMBERG

SATIRE

oder

TRAUERSPIEL?

Deutschland ist nicht nur am Scheideweg sondern im freien Fall.

Im Zusammenhang mit dem Tod der 15-jährigen Mia in Kandel stellen sich klare Fragen:

Wie kann es sein, dass praktisch alle Verantwortlichen in der Flüchtlingshilfe und den entsprechenden Behörden das Alter von Migranten falsch annehmen und einschätzen?

Wie kann es sein, dass man tatsächlich jungen Männern mit dunkler Stimme und Vollbärten ernsthaft abnimmt, dass sie 15 Jahre alt seien? Wie kann es sein, dass die Eltern einer 15-jährigen, also ein Mädchen in der Pubertät, tatsächlich einen deutlich über 20-jährigen Afghanen als deren gleichberechtigten Freund annehmen?

Wie kann es sein, dass ein Bürgermeister sich damit brüstet, dass er Kennenlernpartys von 15-jährigen Mädchen mit erwachsenen jungen Männern aus ganz anderen Kulturkreisen organisiert?

Organisiert die Stadtverwaltung solche Partys auch für deutsche junge Leute und finanziert sie?

Wo sind die jungen Männer, Freunde, Brüder und Väter die ihre Frauen und Töchter in Gefahrensituationen auch körperlich schützen?

Ist die deutsche Gesellschaft so wenig wehrhaft, dass sie sich nicht mehr gegen Messerattacken wehrt?

Waren in dem Supermarkt, als das Mädchen getötet oder besser gesagt hingerichtet worden ist, keine anderen Menschen da, die hätten helfen können?

Wer waren und wo sind die anderen Begleiter der Getöteten?

Wir haben eine weibliche Bundeskanzlerin, hängt vielleicht damit die mangelnde Wehrhaftigkeit der Bevölkerung zusammen?

Wir haben eine weibliche Verteidigungsministerin, hängt vielleicht damit die mangelnde Wehrhaftigkeit des deutschen jungen Mannes zusammen?

Ich fordere Sie zur Diskussion und zur Stellungnahme auf. Es sollte sich wirklich jeder mit diesen Fragen auseinandersetzen, im Besonderen dann, wenn Interesse an einem Fortbestand unserer Kultur hat.

Täuschung der Bevölkerung durch Statistik

Deutsche sind genauso kriminell wie Ausländer

So die Landesregierung von Baden-Württemberg.

Das geht aus der Antwort von Minister Wolf auf die Frage des Abgeordneten Dr. Heiner Merz AfD hervor. In einer „Kleinen Anfrage“ an das Ministerium der Justiz und für Europa wurde gefragt: „Welcher Gruppe in der Statistik Personen mit Doppelpass zugeordnet werden?“

Die Antwort von Minister Wolf lautet explizit (Zitat): „Bei Personen, die sowohl die deutsche als auch eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen, ist nur die deutsche [Staatsangehörigkeit] anzugeben.“ Begründet wird mit einer „Statistik gerichtlich Verurteilter 2016“. Personen mit Doppelpass werden als Deutsche geführt und auch der Migrationshintergrund von Straftätern mit deutschem Pass findet keine Erwähnung.

Die AfD fordert die sofortige Abschaffung des Doppelpasses.

Bis dieser Schritt umgesetzt ist, ist es zwingend erforderlich bei Personen mit Doppelpass beide Nationalitäten aufzuführen. Das Gleiche gilt für Personen mit ausschließlich deutschem Pass und Migrationshintergrund. Der Migrationshintergrund muss dezidiert aufgeführt werden. Durch den Trick, alle Migranten mit doppelter Staatsangehörigkeit als „Deutsche Staatsbürger“ oder „Deutsche“ zu bezeichnen, fallen diese komplett aus der Aufschlüsselung nach Nationalitäten heraus und erhöhen sogar den Anteil der deutschen Straftäter!

Diese Antwort des Ministeriums der Justiz und für Europa ist nur ein weiterer Beweis dafür, dass die Bevölkerung über die tatsächliche Höhe der Ausländerkriminalität nicht richtig informiert wird. Die politisch eingesetzte Manipulation der „Statistik gerichtlich Verurteilter“ ist ein Skandal. Wir fragen uns, für wie dumm hält die Regierung die Bevölkerung?

Die AfD fordert umgehend das konsequente Ende dieser Täuschungstaktik.

ES, 03. Mai 2018

Quelle: Kleine Anfrage“ zur „Statistik zu gerichtlich Verurteilten 2016“ des Abg. Dr. Heiner Merz AfD (Drucksache 16/2699)

Dr. Rainer Balzer

Diese Zeitung finden Sie auch als PDF unter:
ka-land.afd-bw.de

Unterstützen Sie uns durch Mitarbeit oder eine Spende

Alternative für Deutschland • Kreisverband Karlsruhe-Land

Kontoinhaber: AfD Karlsruhe-Land
Volksbank Bruhrain-Kraich-Hardt eG.
IBAN: DE67 6639 1600 0039 0179 11

Wenn Sie eine Spendenbescheinigung wünschen, geben Sie bitte Ihre Adresse auf der Überweisung an.